

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/1589**

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

Vorsitzender des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother
Landeshaus
24105 Kiel

Nachrichtlich:

Präsidenten des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Herrn Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

Kiel, 27. August 2013

Geschäftsbericht 2012 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen gemäß § 14 Abs. 3 GMSHG den Geschäftsbericht 2012 der GMSH.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Losse-Müller

Hinweis: Der Geschäftsbericht kann im Ausschussbüro - Zi. 138 - eingesehen und über das Internetangebot des Landtages unter sh-landtag.de -> Dokumente -> Umdrucke aufgerufen werden.

Geschäftsbericht 2012

**Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Zentraler Dienstleister
für Bauen, Bewirtschaften und Beschaffen
Partner der Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates	3
<hr/>	
Rechtliche Grundlagen und Aufgaben	4
<hr/>	
Bericht der Geschäftsführung	6
Entwicklung des Unternehmens	8
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	8
<hr/>	
Die operativen Geschäftsbereiche	10
Bundesbau	10
Landesbau	16
Gebäudebewirtschaftung	26
Beschaffung	29
<hr/>	
Lagebericht	34
Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen	34
Lage des Unternehmens	34
Vermögenslage	34
Finanzlage	35
Ertragslage	35
Wesentliche Chancen und Risiken	39
Prognosebericht/Ausblick	39
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	40
<hr/>	
Jahresabschluss	41
Bilanz	42
Gewinn- und Verlustrechnung	44
Anhang	45
Organe	51
Bestätigungsvermerk	53
Gewinnverwendungsbeschluss	54
<hr/>	
Abkürzungsverzeichnis	55
Impressum	56

Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat in Wahrnehmung der ihm nach dem Gesetz sowie der Satzung der GMSH obliegenden Aufgaben in jedem Geschäftsjahr zwei Sitzungen abzuhalten.

Die Sitzungen in dem Kalenderjahr 2012 haben am 4. Juli und am 27. November stattgefunden.

Die Geschäftsführung hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf, über grundsätzliche Fragen der Unternehmensentwicklung sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage der GMSH umfassend unterrichtet. Der Verwaltungsrat hat sich mit den vorgelegten Quartalsberichten befasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates hat sich darüber hinaus in Besprechungen über alle wichtigen Vorgänge des Geschäftsbetriebes durch die Geschäftsführung unterrichten lassen.

Der Verwaltungsrat hat sich von dem Jahresabschlussprüfer in der Sitzung am 4. Juli 2012 die Prüfungsergebnisse des Jahresabschlusses 2011 ausführlich erläutern lassen und zur Kenntnis genommen, dass sich keine Einwendungen ergeben hätten und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden sei. Darüber hinaus hat er davon Kenntnis genommen, dass der Wirtschaftsprüfer bestätigt habe, dass er im Rahmen seiner Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) und die dazu vom Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein erlassenen Grundsätze beachtet habe und dass sich keine Besonderheiten ergeben hätten, die nach seiner Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung gewesen seien.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner mit dem von der Geschäftsführung erstellten Geschäftsbericht sowie dem Jahresabschluss 2011 mit Lagebericht befasst und der Geschäftsführung Entlastung erteilt. Der Verwaltungsrat hat den aufgestellten Jahresabschluss festgestellt und dem Lagebericht sowie dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Bilanzgewinns zugestimmt.

Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GMSH für die im Jahr 2012 geleistete Arbeit.



Kiel, den 18. Juni 2013

Staatssekretär Thomas Losse-Müller
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Rechtliche Grundlagen und Aufgaben¹

Die GMSH wurde aufgrund des Gesetzes zur Errichtung der Gebäude-management Schleswig-Holstein (GMSHG) mit Wirkung vom 15. Juni 1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Sie hat ihre Tätigkeit mit Wirkung vom 1. Juli 1999 aufgenommen und wurde am 11. Januar 2000 in das Markenregister eingetragen.

Die GMSH ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichtes Kiel unter der Register-Nr. A 3948. Sie hat ihren Sitz in 24103 Kiel, Gartenstraße 6. Alleiniger Träger der GMSH ist das Land Schleswig-Holstein.

Die GMSH ist das Organ des Landes und des Bundes für die Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben. Darüber hinaus ist die GMSH mit der Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) seit dem 1. Januar 2011 auch das Organ des Landes für die Wahrnehmung der Bewirtschaftungsaufgaben. In dieser Ausrichtung ist die GMSH auch zuständig für die Koordinierung und Deckung des Bedarfes des Landes an Verwaltungsgebäuden. Weiterhin ist die GMSH im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes im eigenen Namen zuständig für die Abwicklung der notwendigen Beschaffungen für Landesbehörden. Die GMSH kann Bau-, Bewirtschaftungs- und Beschaffungsleistungen im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes auch für die Hoheitsbereiche sonstiger Träger der öffentlichen Verwaltung erbringen.

Als Betrieb gewerblicher Art ist die GMSH darüber hinaus in dieser umfassenden Ausrichtung auch tätig für öffentliche Einrichtungen, soweit diese Einrichtungen selbst nicht hoheitlich tätig sind, sowie für private Einrichtungen, an denen Träger der öffentlichen Verwaltung mehrheitlich beteiligt sind oder die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Die GMSH sorgt für Effizienzsteigerungen in allen Bereichen des staatlichen Bauens, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung und trägt so zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushalts bei.

Das gezeichnete Kapital der Anstalt beträgt 8,0 Millionen Euro. Es ist in voller Höhe eingezahlt. Die Gewinnrücklage ist mit einer satzungsmäßigen Rücklage in Höhe von 1,92 Millionen Euro und einer anderen Gewinnrücklage in Höhe von 4,24 Millionen Euro – insgesamt mit 6,16 Millionen Euro ausgewiesen.

¹ Stand: 18. April 2013

Bericht der Geschäftsführung



Bericht der Geschäftsführung

Entwicklung des Unternehmens

Im Geschäftsbereich Landesbau ist der mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung des Landes erwartete Aufgabenrückgang nicht eingetreten, da neben den aus dem Kernhaushalt (Einzelplan) 12 zu finanzierenden Maßnahmen in erheblichem Umfang zusätzliche Vorhaben beauftragt wurden, die von den Ressorts auf anderen Wegen finanziert werden, z. B. über Projektfinanzierungen, Drittmittel oder über Kreditfinanzierungen durch das UKSH für die von dieser Einrichtung beauftragten Maßnahmen. Das umgesetzte Bauvolumen betrug 103,5 Millionen Euro. Neben den bauvolumenabhängigen Aufgaben hatte der Bereich auch umfangreiche übergreifende Planungsaufgaben wahrzunehmen (Grundlagenuntersuchungen, Erstellung von Masterplänen u. a.) sowie Vorarbeiten für die sich seit Sommer 2012 abzeichnenden Sonderbauprogramme der Landesregierung für die medizinische Forschung und Lehre, energiesparende Maßnahmen (Profi) sowie zur Sanierung der Hochschulgebäude zu erbringen. Die Auslastung der eigenen Kapazitäten war damit in dem Bereich Landesbau im Jahr 2012 gegeben und ist auch für die kommenden Jahre gesichert.

Die Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Bundesbau waren in dem Jahr 2012 maßgeblich bestimmt durch die Auswirkungen der im vierten Quartal 2011 mitgeteilten Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg). Als Folge der Neuausrichtung der Bundeswehr wurden in erheblichem Umfang laufende Planungsaufträge bzw. Bauvorhaben gestoppt, während gleichzeitig zahlreiche vorlaufende Untersuchungen und Planungen neu beauftragt wurden. Das umgesetzte Bauvolumen lag vor diesem Hintergrund mit 73,4 Millionen Euro deutlich unter den durchschnittlich umgesetzten Beträgen der Vorjahre. Nach den vorliegenden Informationen wird die mit der Stationierungsentscheidung verbundene Truppenreduzierung nicht zu einer dauerhaften Reduzierung des Aufgabenvolumens führen. Für die kommenden Jahre ist nach den vorliegenden Informationen wieder mit einem sukzessiven Anstieg der Bauausgaben bis auf etwa 120 Millionen Euro jährlich zu rechnen. Die von Seiten des Bundes vorgesehene Übertragung der Zuständigkeit für die Planung und Durchführung von Wasserbaumaßnahmen in Bundesliegenschaften, die bisher von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung wahrgenommen wurden, auf die GMSH wird jedoch nicht erfolgen, da das Finanzministerium die Übertragung dieser Aufgabe auf den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN) favorisiert.

Der Bereich Gebäudebewirtschaftung war neben der Wahrnehmung des Tagesgeschäftes auch durch die Konsolidierung des seit dem 1. Januar 2012 neu in Betrieb genommenen CAFM-Systems pit-FM (CAFM: Computer Aided Facility Management), mit dem das technische und das infrastrukturelle Gebäudemanagement unterstützt wird, in Anspruch genommen. Auch die als Folge der Umstellung der Bewirtschaftung auf Organleihe zum 1. Januar 2011 zunächst eingerichtete Interimslösung zur Erfüllung der Buchungs- und Auswertungsanforderungen für die kaufmännische Abwicklung der Bewirtschaftungsaufgaben wurde im Berichtsjahr grundlegend überarbeitet. Seit dem 1. Januar 2013 steht damit wieder ein leistungsfähiges Buchungs- und Auswertungssystem für die liegenschaftsbezogenen Bewirtschaftungskosten zur Verfügung.

Die mit dem Ziel der Schaffung einer rechtssicheren, effizienten und papierlosen Abwicklung der Vergabeverfahren von der GMSH entwickelte elektronische Vergabeplattform läuft seit der Inbetriebnahme im Herbst 2011 sowohl für VOL-Verfahren (VOL: Verdingungsordnung für Leistungen) als auch für VOB-Verfahren (VOB: Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) stabil und sehr erfolgreich. Von Seiten der Bieter gab es weitaus überwiegend positive Rückmeldungen. Gerade auch kleinere Betriebe beteiligen sich in sehr starkem Maße, was auch der deutlichen Unterstützung der Kammern und Verbände in der Einführungsphase zu verdanken ist. Als nächste Ausbaustufe ist auch die Abwicklung der VOF-Verfahren (VOF: Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen) über das System vorgesehen.

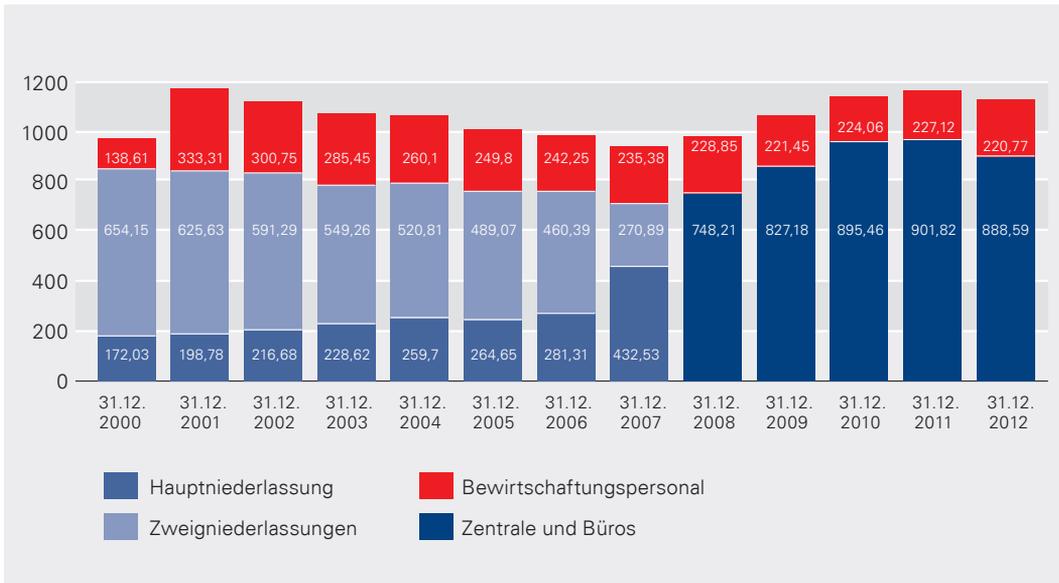
Neben der intensiven Begleitung dieses von dem Bereich IT und Organisation betreuten Projektes hat der Geschäftsbereich Beschaffung im Rahmen des Tagesgeschäftes etwa 1000 Vergabeverfahren erfolgreich abgewickelt und Waren und Dienstleistungen in Höhe von etwa 30 Millionen Euro beschafft.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In der GMSH waren per 31. Dezember 2012 insgesamt 1.274 (1.284²) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon waren 125 (129) Beamtinnen und Beamte sowie 1.149 (1.155) Beschäftigte. Im Durchschnitt des Jahres 2012 waren 1.109,36 (1.128,94) Vollkräfte (VK) bei der GMSH tätig.

Am 31. Dezember 2012 betrug das Durchschnittsalter 48,36 (48,19) Jahre.

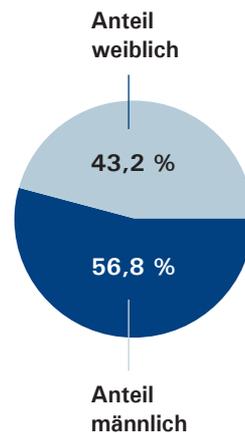
Die Entwicklung des Personalbestandes in VK seit 31.12.2000:



Die Entwicklung des Personalbestandes in Kopfzahlen und in VK (einschließlich Beurlaubte) seit 31.12.2000:

31.12.	Gesamtzahl ³	Gesamt VK ⁴
2000	1.264	964,79
2001	1.432	1.157,72
2002	1.354	1.108,72
2003	1.291	1.063,33
2004	1.252	1.040,61
2005	1.188	1.003,52
2006	1.168	983,92
2007	1.118	938,86
2008	1.169	977,06
2009	1.266	1.048,63
2010	1.282	1.119,52
2011	1.284	1.128,94
2012	1.274	1.109,36

Frauenquote in der GMSH (gesamt):

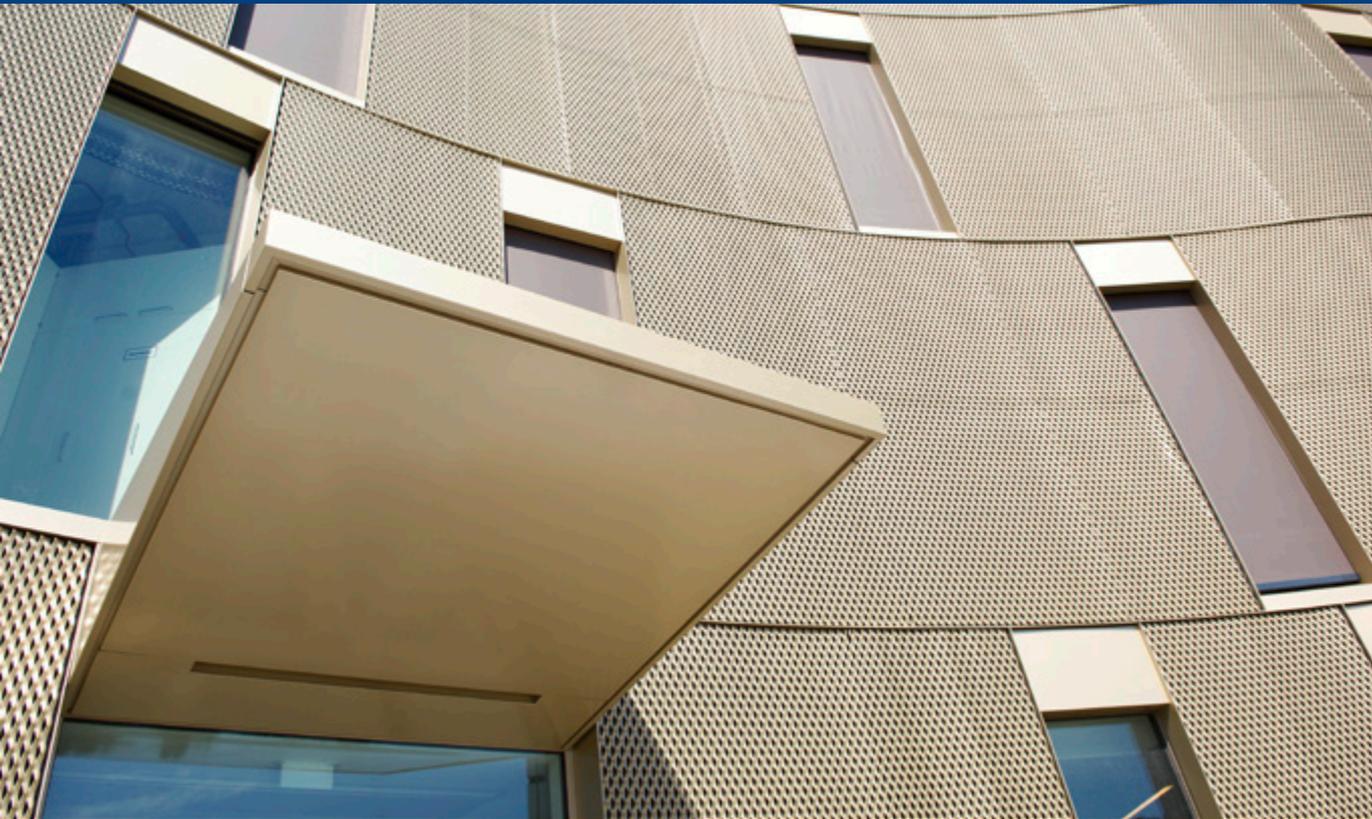


² Klammerangaben bedeuten Vorjahresstand

³ Gesamtzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Beurlaubte) zum jeweiligen Stichtag

⁴ Die Vollkraftzahl gibt die durchschnittlich in dem jeweiligen Jahr eingesetzten Mitarbeiterkapazitäten, die Personalkosten verursacht haben, wieder.

Die operativen Geschäftsbereiche



Die operativen Geschäftsbereiche

Bundesbau

Grundlagen

Der Geschäftsbereich Bundesbau (GBB) nimmt die Bauaufgaben des Bundes in Schleswig-Holstein wahr. Dabei handelt er im Namen und auf Rechnung des Bundes (Organleihe). Im Gegenzug erstattet der Bund die entstandenen Ist-Kosten auf der Basis der Kosten- und Leistungsrechnung.

Oberste technische Instanzen sind im Bundesbau das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) bzw. das Bundesministerium der Verteidigung. Seine Aufträge erhält der Geschäftsbereich Bundesbau (Bau-durchführende Ebene) über das Amt für Bundesbau beim Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein (AfB, Fachaufsichtsführende Ebene).

Auf der Grundlage des bestehenden Verwaltungsabkommens mit dem Bund ist die GMSH auch in Organleihe für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) tätig. Dabei erfolgt die Beauftragung für Bauunterhaltungsmaßnahmen von der BlmA direkt an die GMSH.

Organisationsentwicklung

Aufgrund der regionalen Aufgabenverteilung im Bundesbau (z. B. große Kasernenstandorte) ist der Geschäftsbereich an zahlreichen Bürostandorten in der Fläche Schleswig-Holsteins präsent. Seine Aufbauorganisation gliedert sich in sechs jeweils landesweit zuständige Fachbereiche, die sich in vorwiegend regional tätige Fachgruppen unterteilen.

Die Zusammenarbeit der Fachbereiche wird jeweils maßnahmenbezogen interdisziplinär in Projektmanagementstrukturen organisiert. Die Aufbau- und Ablauforganisation des Geschäftsbereichs Bundesbau unterstützt bei Schwankungen im regionalen Aufgabenvolumen den Kapazitätsausgleich zwischen den Fachgruppen. Voraussetzung für diese Flexibilität sind vereinheitlichte Arbeitsabläufe in allen Bürostandorten.

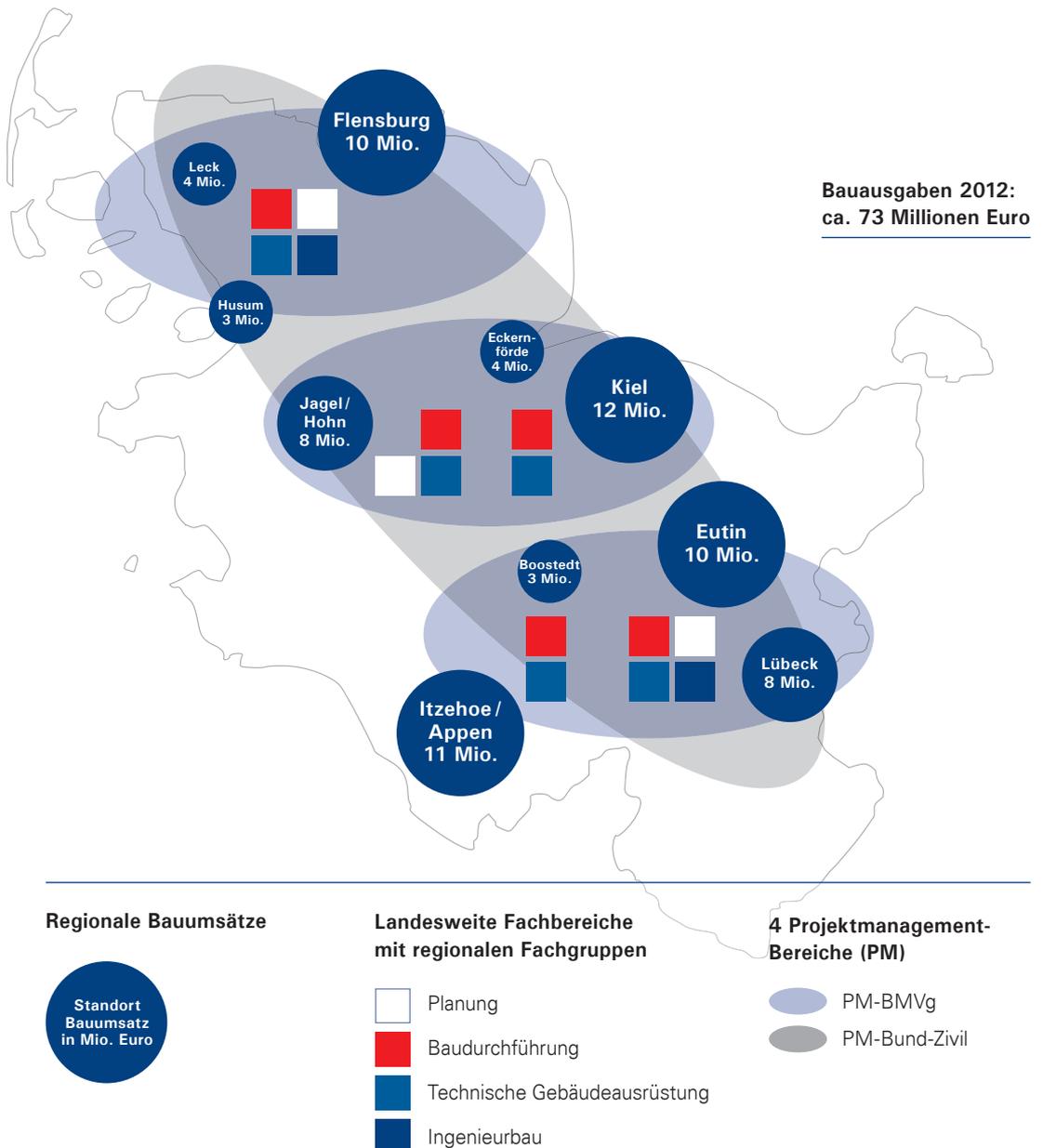
Neben der Ausrichtung auf die landesweit einheitliche Ablauforganisation liegt der Schwerpunkt der inneren Organisationsentwicklung weiterhin auf der personellen und fachlichen Stärkung der Fachgruppen. Dort werden neben den Bauunterhaltungsmaßnahmen auch geeignete kleine Baumaßnahmen federführend bearbeitet, wodurch die fachliche Verantwortung und die Rolle der Fachgruppen weiter gefestigt wird. Der Schwerpunkt der Projektmanagementbereiche liegt in der Steuerung der Großen Baumaßnahmen, zu deren Bearbeitung weitgehend freiberuflich tätige Architekten und Ingenieure (FbT) hinzugezogen werden.

Aufgrund dieser organisatorischen Ausrichtung des Geschäftsbereichs Bundesbau konnten die Auswirkungen der Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung aufgefangen werden, ohne dass grundlegende Strukturen der Aufbau- oder Ablauforganisation verändert werden mussten. Wegen der z. T. umfangreichen Truppenreduzierungen in der Fläche des Landes werden sich in den nächsten Jahren die baulichen Schwerpunkte zwischen den

Bürostandorten verlagern. Dies führt innerhalb des Geschäftsbereichs Bundesbau zu Personalumsetzungen zwischen den Bürostandorten.

Der Bürostandort Boostedt wird in Folge der angekündigten Schließung der Rantau-Kaserne geschlossen werden, sobald die Restabwicklung der dortigen Bautätigkeit dies zulässt bzw. die dort noch eingesetzten Beschäftigten an andere Bürostandorte umgesetzt werden können (voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2013). Das Baubüro in der Marineschule Mürwik wurde zum Ende des Jahres geschlossen und die dort eingesetzten Beschäftigten in das Büro Flensburg-Fichtestraße umgesetzt. Für den Bürostandort Leck wird eine alternative Unterbringung innerhalb der General-Thomsen-Kaserne in Stadum untersucht. Der Bürostandort in Appen bleibt erhalten, wird aber personell und flächenmäßig verkleinert.

Zusammenarbeit vor Ort: landesweit, ortsnah, interdisziplinär



Personalentwicklung

Das Personalentwicklungsgespräch gemäß Artikel 1 (3) des Verwaltungsabkommens fand im Februar 2012 statt. Demnach hat die bisherige strategische Ausrichtung („Eckwerte der Aufgabenerledigung“) als Zielvorstellung weiterhin Gültigkeit und der jetzige Personalstand für Bundesaufgaben in der GMSH ist mit ca. 313 Vollkräften beizubehalten. Davon sind bis zu 250 Vollkräfte als Ingenieur- und Technikerkräfte vorzusehen, zuzüglich des Personals, das in der Personalbemessung den Zentralen Diensten zugerechnet wird (Fachbereich Steuerung-Koordination-Baurecht, Assistenz- und Supportkräfte, Haushalt, Vergabe- und Vertragswesen).

Zum Stichtag 31. Dezember 2012 waren im Geschäftsbereich Bundesbau 263,42 Vollkräfte tätig (davon ca. 216,91 Vollkräfte Ingenieur- und Technikerkräfte sowie ca. 46,51 Vollkräfte Zentrale Dienste). In den gemeinsam für Bundes- und Landesbau tätigen Bereichen des Geschäftsbereichs Landesbau werden die jeweiligen Vollkräfteanteile für Bundes- oder Landesbauaufgaben über interne Leistungsverrechnung auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt. Demnach waren dort ca. 41,65 Vollkräfte für Bundesbauaufgaben tätig (davon ca. 19,19 Vollkräfte Ingenieur- und Technikerkräfte sowie ca. 22,46 Vollkräfte Zentrale Dienste). Mithin sind für Bundesbauaufgaben ca. 236,10 Vollkräfte als Ingenieur- und Technikerkräfte bzw. einschließlich des Anteils der Zentralen Dienste (ca. 68,97 Vollkräfte) insgesamt ca. 305,07 Vollkräfte tätig.

Als weiteres Ergebnis aus dem Personalentwicklungsgespräch mit dem Bund soll die Beamtenausbildung in der GMSH auch über den eigenen Bedarf hinaus weiter intensiviert werden, so dass die Einstellungen von Referendaren und Anwärtern für den jeweiligen Vorbereitungsdienst nunmehr jährlich erfolgen. Im Jahr 2012 befanden sich in der GMSH vier Anwärter und zwei Referendare im Vorbereitungsdienst.

Kostenerstattung

Die Kostenerstattung für die Aufgabenwahrnehmung im Bundesbau belief sich für das Jahr 2012 auf ca. 36,7 Millionen Euro (Vorjahreswert 40,2 Millionen Euro). Darin enthalten sind die Honorarzahungen an Freiberuflich Tätige, die sich auf ca. 10,9 Millionen Euro beliefen.

Für die Kostenerstattungsrechnung 2012 wurden ursprünglich Honorarzahungen in Höhe von ca. 13,4 Millionen Euro beim Bund angemeldet. Die Reduzierung dieses Betrages ergab sich durch die Zurückziehung zahlreicher Planungs- bzw. Ausführungsaufträge in Folge der Stationierungsentscheidung. Die Eigenerledigungsanteile wurden insbesondere bei der Bauunterhaltung und bei Kleinen Baumaßnahmen ausgeweitet.

Die Ursachen für die – in Relation zu den getätigten Bauausgaben – hohe Kostenerstattung liegen im Wesentlichen begründet in den umfangreich erbrachten Planungsaufwendungen, die noch nicht zu Bauausgaben geführt haben bzw. als verlorene Planungsleistungen zu verzeichnen sind, sowie in den nach wie vor umfangreichen Aufgaben, die als baukostenunabhängige Leistungen gelten (z.B. RÜV-Zivil, RÜV-Bundesministerium der Verteidigung, LISA, Gutachten und Beratungsleistungen).

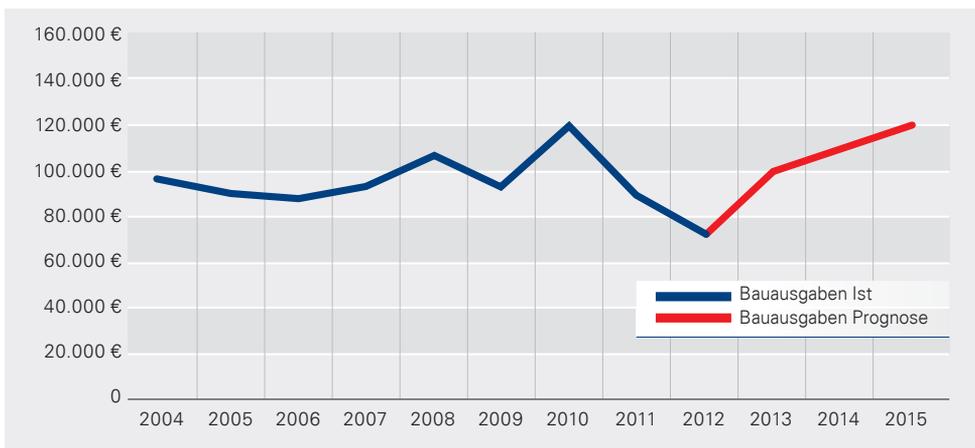
Aufgabenentwicklung

Die in den Mittelabflussbesprechungen (UFIS- bzw. Invest-Besprechungen) abgestimmten Bauausgabenziele wurden erreicht. Insgesamt beliefen sich die Bauausgaben im Bundesbau im Jahr 2012 auf ca. 73,4 Millionen Euro. Das Ausgabevolumen lag damit ca. 18,5 Millionen Euro unter dem des Vorjahres (ca. 91,9 Millionen Euro). Der Anteil der Bauunterhaltungsmaßnahmen lag mit ca. 32,0 Millionen Euro bei 43 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahreswert ca. 25,1 Millionen Euro bzw. 27 Prozent).

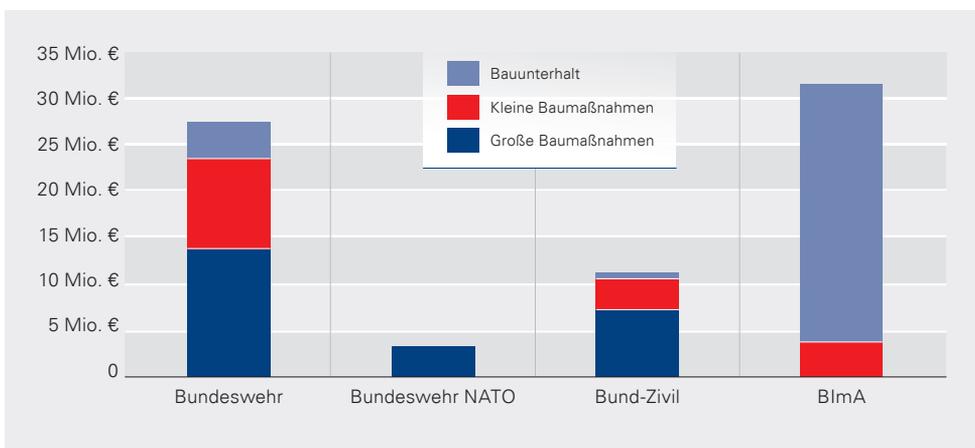
In Folge der Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung wurden ca. 100 laufende Planungsaufträge bzw. Bauvorhaben im Verteidigungsbau mit einem Gesamtkostenvolumen von ca. 160 Millionen Euro gestoppt.

Diese Situation führte für das Jahr 2012 zu einer rückläufigen Entwicklung der Auftragseingänge im Geschäftsbereich Bundesbau sowie zu einem Einbruch bei den Bauausgaben.

Baumsatzentwicklung über die Jahre 2004 – 2015



Baumsatzvolumen 2012 nach Trägern



Dieser Entwicklung begegnete der Geschäftsbereich Bundesbau mit der Erhöhung der Eigenerledigungsanteile bei Kleinen Baumaßnahmen. Ein längerfristiger Personaleinsatz, z. B. für die Eigenerledigung der Baudurchführung bei Großen Baumaßnahmen, wurde jedoch vermieden, um bei zukünftig wieder anwachsendem Auftragseingang flexibler reagieren zu können.

In den von der Schließung betroffenen Liegenschaften werden nach wie vor Baumaßnahmen und umfangreiche Bauunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Wie bereits in den Vorjahren wurde die Bauunterhaltung weitgehend durch eigenes Personal erbracht. Gleiches gilt für die Bauherrenleistungen; Projektsteuerungsbüros wurden nur gelegentlich hilfsweise hinzugezogen.

Die durch die Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung beschlossene Truppenreduzierung in Schleswig-Holstein führt aber nach den vorliegenden Informationen für den Geschäftsbereich Bundesbau nicht zu einer dauerhaften Reduzierung des Aufgabenvolumens. Zur Umsetzung der Bundeswehrreform hat der Bund für die nächsten Jahre einen starken Anstieg der Bauausgaben angekündigt. So sind für das Jahr 2013 wieder Bauausgaben von ca. 100 Millionen Euro und für die Folgejahre Bauausgaben in Höhe von ca. 120 Millionen Euro jährlich vorgesehen.

Darüber hinaus hat der Bund im Jahr 2012 ein Programm zur energetischen Sanierung der Bundesliegenschaften angeschoben („Sanierungsfahrplan Bundesliegenschaften“), in dessen Zuge zahlreiche und umfangreiche Liegenschaftsenergiekonzepte aufgestellt werden sollen. Ob und zu welchem Zeitpunkt aus diesen Vorüberlegungen Baumaßnahmen resultieren, lässt sich vom Geschäftsbereich Bundesbau momentan nicht einschätzen.

Vor diesem Hintergrund war im Jahr 2012 ein Anstieg der Baumaßnahmen vorbereitenden Untersuchungen (Variantenuntersuchungen, Machbarkeitsuntersuchungen, Zielplanungen, Sanierungskonzepte) und Planungsleistungen zu verzeichnen, der sich so auch in den kommenden Jahren fortführen wird. Die Personalkapazitäten in den Projektmanagement- und Planungsbereichen des Geschäftsbereichs Bundesbau werden deswegen besonders stark gefordert sein. Personalkapazitäten für die Phase der Bauausführung werden nachfolgend gebunden werden.

Der Aufwand für die Vorbereitung und Planung des Infrastrukturbedarfs wird erheblich ansteigen – ein Anstieg der Bauausgaben wird sich jedoch erst mit zeitlicher Verzögerung einstellen. Dieser Umstand wird die Relation der entstandenen Aufwendungen zu den umgesetzten Bauausgaben in der Kosten-erstattungsrechnung ungünstig erscheinen lassen.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der BImA verstetigt sich die bisherige Beobachtung, dass durch die Kleinteiligkeit der einzelnen Aufträge (ca. 60 Prozent aller BImA-Aufträge liegen unter 5.000 Euro), durch unklare Bedarfsforderungen sowie durch fehlende Deckungskreise zwischen den einzelnen Bauunterhaltungsmaßnahmen weiterhin hoher administrativer Bearbeitungsaufwand bei der GMSH entsteht.

Um dem entgegenzuwirken, hat der Geschäftsbereich Bundesbau vorgeschlagen, dass Instandsetzungsmaßnahmen bis zu einer Auftragsgröße von 10.000 Euro, zu deren Umsetzung kein bautechnischer Sachverstand erfor-

derlich ist, von der BlmA selbst durchgeführt werden sollen (in Analogie zum Budget-Verfahren der Bundeswehrdienstleistungszentren). Eine Entscheidung der BlmA steht hierzu noch aus.

Aufgrund der Erlasslage des Bundes sollte der Geschäftsbereich Bundesbau bereits in der ersten Jahreshälfte die Planung und Durchführung derjenigen Wasserbaumaßnahmen in den Bundesliegenschaften übernehmen, die bislang von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) wahrgenommen wurden. Die Aufgabenübertragung an den Geschäftsbereich Bundesbau ist jedoch vom Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein gestoppt worden, weil von dort aus eine Aufgabenübertragung an den LKN favorisiert wird.

Wesentliche Baumaßnahmen, die 2012 abgeschlossen wurden:

- Marineschule Mürwik in Flensburg,
Bau Ausbildungsanlage Mast und Takelage Segelschulschiff Gorch Fock
- Marineschule Mürwik in Flensburg, Sanierung des Wachgebäudes Kelmstraße
- General-Thomsen-Kaserne Stadum, Sanierung der Gebäude 20/1, 20/3, 22/1, 22/3
- General-Thomsen-Kaserne Stadum, Sanierung der Gebäude 24/1, 26/1
- Materiallager Ladelund, Sanierung des Abwassersystems
- Julius-Leber-Kaserne Husum, Erneuerung der Managementebene
- Materialwirtschaftszentrum Einsatz der Bundeswehr in Wester-Ohrstedt, Sanierung der Stromversorgung
- Materialwirtschaftszentrum Einsatz der Bundeswehr in Wester-Ohrstedt, Herrichten der Halle 5/Zeltwaschanlage
- NATO-Flugplatz Hohn, Anpassung der Gebäudeautomation Managementebene
- NATO-Flugplatz Hohn, Instandsetzung der Flugverkehrsflächen
- Marineunteroffizierschule Plön, Sanierung der Unterkunftsgebäude 20 und 25
- Rantzau-Kaserne Boostedt,
Umbau und Sanierung des Unterkunftsgebäudes P3
- THW (Technisches Hilfswerk) Ortsverband Oldenburg, Neubau

Wesentliche Planungsleistungen in 2012:

- Marinestützpunkt Eckernförde,
Neubau eines Unterkunftsgebäudes für Kampfschwimmer (SEK M)
- Marinestützpunkt Eckernförde,
Neubau eines Unterkunftsgebäudes Ausbildungsinspektion (SEK M)
- Marinestützpunkt Eckernförde,
Neubau eines Unterkunftsgebäudes für Stab SEK M
- Marinestützpunkt Eckernförde,
Neubau eines Unterkunftsgebäudes (neuer Standard)
- Marinestützpunkt Eckernförde, Sanierung des Unterkunftsgebäudes 27
- Marinestützpunkt Eckernförde, Errichtung
des Hubschrauber-Bedarfslandeplatzes
- Rettberg Kaserne Eutin, Sanierung der Gebäude 14, 24 und 31
- Thünen Institut Wulmenau, Herrichtung der Altbausubstanz
- THW-Ortsdienststellen (u. a. Plön, Eutin, Neumünster, Barmstedt, Schleswig)
- Max-Rubner-Institut Kiel, Laborcontainer-Unterbringung
- Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Kiel-Holtenau, Liegenschaftsenergiekonzept
- Bundespolizei Ratzeburg, Liegenschaftsenergiekonzept

Landesbau

Organisation / Personal

Zur Einhaltung der mit dem Konsolidierungspfad einhergehenden haushaltlichen Rahmenbedingungen für die Kostenerstattung gegenüber der GMSH und im Zusammenhang der damit auch verbundenen deutlichen und nachhaltigen Reduzierung der Bauausgaben des Landes Schleswig-Holstein von bisher jährlich 110 Millionen Euro auf zukünftig 70 bis 80 Millionen Euro wurde zu Beginn des Jahres 2012 vom Land die planerische Vorgabe gemacht, den Personalbestand des Geschäftsbereichs Landesbau zu reduzieren. Der Geschäftsbereich Landesbau hat daraufhin entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Das tatsächliche Bauvolumen ist jedoch nicht zurückgegangen, es hat sich vielmehr eine Steigerung in der Anzahl der Planungsaufträge ergeben. Neben späterhin aus dem Einzelplan 12 des Landeshaushalts direkt zu finanzierenden Vorhaben wurden zunehmend Maßnahmen geplant, die von den Ressorts auf anderen Wegen finanziert werden. Beispielhaft seien hier die Finanzierung über Baukonzession (Universität Flensburg) und Energieliefervertrag (Universität Lübeck) oder Drittmittel (Universität Lübeck) und Projektmittel (BOS-Digitalfunk) genannt. Der größte Anteil zusätzlicher Aufträge ergab sich jedoch aus Vorhaben des UKSH, für die dem Geschäftsbereich die benötigten Mittel direkt vom UKSH zugewiesen werden. Gleichzeitig wurden dem Landesbau übergreifende Planungsaufgaben übertragen (Grundlagenuntersuchungen, Masterpläne). Zur Qualitätssicherung wurde von der Landesregierung zugleich die Erhöhung des durch Personal der GMSH zu erbringenden Leistungsumfangs gefordert (Zielvereinbarung zur Eigenleistungsquote).

Ab Sommer 2012 zeichnete sich darüber hinaus ab, dass die Landesregierung umfangreiche Sonderbauprogramme auf den Weg bringen wird.

Vor diesem Hintergrund wurden die Maßnahmen zum Personalabbau in Abstimmung mit dem Finanzministerium eingestellt und zusätzlich Personal über befristete Arbeitsverträge gewonnen. Für die Laufzeit der Sonderbauprogramme wird der jetzt erreichte Personalbestand benötigt. Der geplante Personalabbau wird somit zeitlich verzögert mit Auslaufen der Programme ab 2017 sukzessive eingeleitet werden können.

Die erwähnten „ressortfinanzierten“ Vorhaben machten wegen abweichender Verantwortlichkeiten die Ausgestaltung neuer interner Verfahrensregelungen erforderlich. Gemäß Vorgabe des Finanzministeriums sind der GMSH nicht nur die Bauausgabe- und Freiberuflermittel gesondert zuzuweisen, auch die anteiligen Organleihekosten sind separat zu erstatten. Entsprechend mussten die Abrechnungsregelungen angepasst und ein eigenständiges Maßnahmencontrolling aufgebaut werden, um die verursachungsgerechte Abrechnung der Kosten gegenüber den einzelnen Ressorts zu gewährleisten. Mit Jahresende 2012 wurden die Vorbereitungen abgeschlossen und die gesonderte Abrechnung der „ressortfinanzierten“ Baumaßnahmen aufgenommen.

Bis zum Herbst 2012 wurden Maßnahmen aus Sonderprogrammen im nachstehenden Umfang konzeptionell geplant und waren damit Grundlage des Wirtschaftsplans der GMSH:

- Sonderprogramm für Forschungsbauten in Kiel und Lübeck mit Jahresbeträgen zwischen 10 bis 20 Millionen Euro bis zum Gesamtbetrag von 160 Millionen Euro
- Sonderprogramm für Hochschulen mit einem Bauvolumen von 40 Millionen Euro und Jahresraten von acht Millionen Euro
- Sonderprogramm PROFI mit voraussichtlich 35 Millionen Euro für Baumaßnahmen des Landes innerhalb der nächsten fünf Jahre
- Baumaßnahmen mit Mittelbereitstellung durch das UKSH mit einem Gesamtvolumen von 90 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren (über den Regelansatz von acht Millionen Euro im Wirtschaftsplan hinaus).

Es ist zu erwarten, dass im Zuge der in 2013 vorzunehmenden Konkretisierung der Programme und Maßnahmen noch Anpassungen im Hinblick auf die internen Planungen der GMSH notwendig werden.

Mit dem 1. Januar 2011 trat die Verfahrensvereinbarung für die Baumaßnahmen aus dem Wirtschaftsplan des UKSH in Kraft. Am 27. Februar 2012 fand vereinbarungsgemäß ein Bilanzgespräch zu den Erfahrungen aus dem ersten Jahr der Zusammenarbeit unter Beteiligung von Wissenschafts- und Finanzministerium statt, wobei durch das Finanzministerium zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Beschleunigung Anpassungsbedarfe angemeldet wurden. Darauf aufbauend haben auf Initiative der GMSH mehrere Gespräche zwischen UKSH und GMSH stattgefunden, um eine vereinfachte Verfahrensvereinbarung abzuschließen. In diesen bilateralen Gesprächen zwischen UKSH und GMSH sind zwar erkennbare Fortschritte erzielt worden, jedoch ist es zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen.

Der Geschäftsbereich Landesbau muss für die Zusammenarbeit auf Grundlage der derzeitigen Verfahrensvereinbarung festhalten, dass es zwar gelungen ist, die Maßnahmen des UKSH weitaus überwiegend termin- und kostengerecht fertig zu stellen, die Abläufe jedoch in der GMSH wegen der sehr hohen Anforderungen des UKSH und fehlender Vorleistungen außerordentlich aufwändig sind und deutlich überproportional Personal binden, das bei anderen Landesprojekten fehlt.

Im organisatorischen Aufbau des Geschäftsbereichs Landesbau waren in 2012 nur untergeordnete Anpassungen erforderlich. So wurde im Zuge der Errichtung des neuen Geschäftsbereichs IT und Organisation die Fachgruppe DV-Fachanwendungen herausgelegt und mit dem gesamten Personalbestand in den neuen Geschäftsbereich überführt.

Die Fachgruppe Marktüberwachung, die als nachgeordnete Behörde des Innenministeriums für diese hoheitliche Aufgaben wahrnimmt, wurde im Benehmen mit dem Innenministerium aus wirtschaftlichen Erwägungen in die Fachgruppe Öffentliches Baurecht integriert. Die bisherige Fachgruppe Marktüberwachung verfügte über zwei Mitarbeiter. Sie wurde auf 1,5 Stellen reduziert. Eine eventuell zeitweilig erforderliche Verstärkung aufgrund von Arbeitsspitzen soll nun aus anderen Fachgruppen des Landesbaus über interne Leistungsverrechnung bereitgestellt werden.

Aufgaben

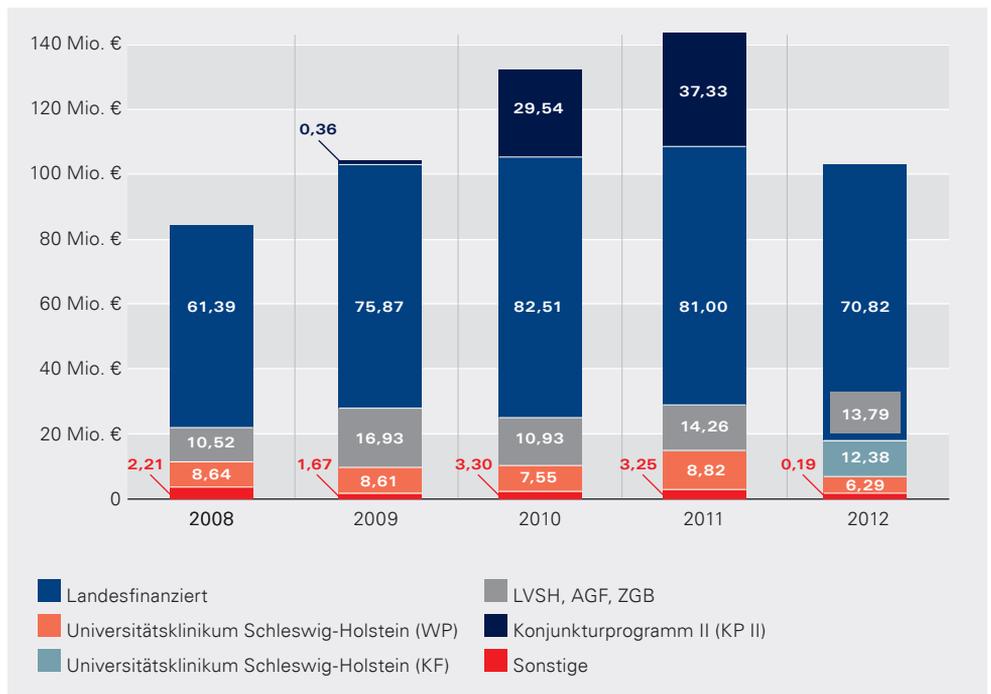
1. Gesamtbauausgaben im Geschäftsbereich Landesbau

Im Jahr 2012 konnte ein Bauvolumen von 103,47 Millionen Euro umgesetzt werden. Der Freiberufleranteil lag bei insgesamt 15,4 Millionen Euro. Damit ist dokumentiert, dass sich das Bauvolumen erst zeitlich verzögert rückläufig entwickelt.

Im Jahr 2012 sind die Bauausgaben für das Konjunkturprogramm II entfallen und die Ausgaben haben sich auf dem Niveau von 2009 (vor dem Konjunkturprogramm) eingependelt. Dieser Umstand darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dieser Trend aufgrund von Sondereffekten einstellt und keine nachhaltige Entwicklung darstellt.

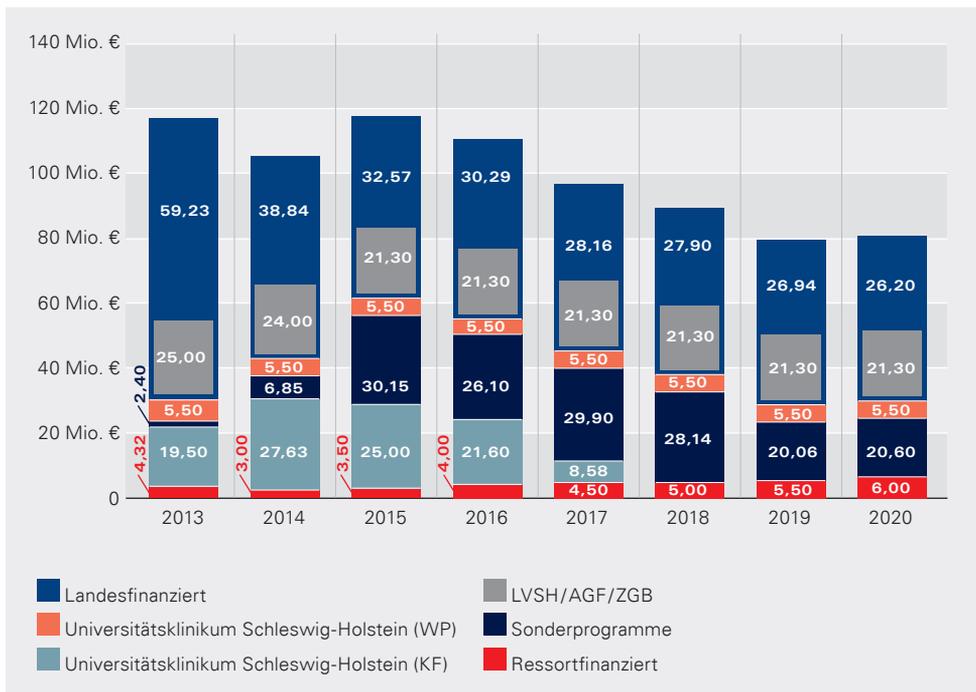
Im Jahr 2012 sind hier die Bauumsätze der vom UKSH vorfinanzierten Maßnahmen ursächlich. Betrachtet man nur den Kernhaushalt des Landes, bestehend aus Landesmaßnahmen der Ressorts und Maßnahmen des Zentralen Grundvermögens zur Behördenunterbringung (ZGB), sinkt dieser von 95,26 Millionen Euro in 2011 auf 84,61 Millionen Euro im Jahr 2012.

Ist-Bauausgaben



Aus den bisher verfügbaren Daten hat der Geschäftsbereich Landesbau die in der folgenden Grafik dargestellte Prognose der Aufgabenentwicklung als eigene Planungsgrundlage abgeleitet.

Prognosen der Bauausgaben



Während die Sonderprogramme voraussichtlich noch über das Jahr 2020 hinaus laufen, fallen die Sondermaßnahmen des UKSH voraussichtlich ab 2017 weg, nachdem die jetzt bekannten Vorhaben fertig gestellt sind und der private ÖPP-Partner dann alle Folgevorhaben durchführt. Eventuell muss zusätzlich auch mit der Übertragung der regulären Maßnahmen des Wirtschaftsplans auf den privaten Partner gerechnet werden.

2. Einzelvorhaben (Planung und Ausführung)

a. Hochschulbau

Besondere größere laufende Maßnahmen:

- UKSH Campus Kiel und Campus Lübeck, Brandschutzmaßnahmen bei verschiedenen Gebäuden
- Universität zu Lübeck, Erweiterung des Informatikgebäudes
- Universität zu Lübeck, Neubau Interdisziplinäres Zentrum (CBBM)
- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), Fertigstellung der Physikalischen Chemie
- CAU, Fertigstellung des Zentrums für Molekulare Biowissenschaften (ZMB)
- Muthesius Kunsthochschule Kiel, Fertigstellung des Um- und Erweiterungsbaus
- Fachhochschule Kiel, Sanierung Gebäude 12
- UKSH Campus Lübeck, Neubau der Schwerbrandverletzteneinheit

Wesentliche laufende Planungen:

- UKSH Campus Kiel, Neuordnung der Radiologie, der bettenführenden Notaufnahme und Sanierung der vorhandenen OP-Bereiche, Verbindung der vorhandenen Bettentürme
- Universität zu Lübeck, Neubau biologischer Forschungsbauten (Biomedizinische Forschung 1 und 2)

- Fachhochschule Lübeck, Schaffung einer „Neuen Mitte“
- UKSH Campus Lübeck, Ersatzbau für die Frauenklinik
- CAU, baulicher Entwicklungsplan
- CAU, Abschluss der Planungen zu einem Energiekonzept
- UKSH, Fortschreibung der Masterpläne auf der Basis der laufenden Planungen
- UKSH Campus Lübeck, Programmplanung für die Frauenklinik
- Universität zu Lübeck, Spezifiziert pathogen freie (SPF) Tierhaltung
- UKSH Campus Kiel und Campus Lübeck, Brandschutzmaßnahmen in verschiedenen Gebäuden
- Fachhochschule Kiel, städtebaulicher Rahmenplan

b. Justizvollzugsbau

Wesentliche Planungen mit Baubeginnen in 2012

- JVA Neumünster, Weiterführung Sanierung und Umbau von Haus C
- JVA Lübeck, Neubau der Sicherheitsverwahrung
- Fortschreibung der Zielplanung für die Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein

c. Verwaltungsbau

In Planung befinden sich folgende Maßnahmen:

- Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Brandschutzmaßnahmen
- Landeslabor in Neumünster, Neubau Gebäude 7
- Verwaltungsgebäude des Landes in der Adolfstraße in Kiel (ehemalige OFD), Sanierung Gebäudekomplex
- Autobahnpolizeistation Scharbeutz, Neubau Erweiterungsbau
- Polizeistation Neumünster, Neubau Erweiterungsbau
- Landeskriminalamt (LKA) in Kiel, Machbarkeitsstudie Erweiterungs- und Neubau
- Brandschutzmaßnahmen in verschiedenen Verwaltungsgebäuden
- Eisen-Kunst-Guss-Museum Büdelsdorf, Sanierung und Modernisierung

d. Wirtschaftsplan und kreditfinanzierte Maßnahmen UKSH

- Campus Kiel, Neubau eines Parkhauses fertiggestellt
- Campus Kiel und Campus Lübeck, Sanierung der Küchen in Planung
- Campus Kiel, Umbau und Sanierung der Apotheke in Planung
- Campus Lübeck, Umbau und Sanierung der Apotheke in Planung
- Campus Lübeck, Neubau eines Parkhauses in Planung
- Campus Kiel, Neubau des Zentrallabors in Planung
- Campus Lübeck, Umbau des Zentrallabors (laufende Maßnahme)

e. BOS-Digitalfunk Schleswig-Holstein

Derzeit ist das Projekt zur Errichtung des Digitalfunknetzes des Landes Schleswig-Holstein noch nicht vollständig abgeschlossen. Mit Fertigstellung des letzten Mastes und mit Vorliegen der Objektdokumentationen wird dies der Fall sein. Der Digitalfunk ist bereits in der Nutzung und die fertigen Masten wurden in Betrieb genommen.

Im Zusammenhang mit dem Betrieb des Digitalfunknetzes hat das Finanzministerium der GMSH umfangreiche Aufgaben übertragen.

Nach Projektabschluss zur Errichtung des Digitalfunknetzes wird die Abrechnung von Bauneben- und Organleihekosten umgestellt. Diese werden nicht mehr aus dem für das Projekt zur Einführung des Digitalfunks eingerichteten Haushaltstitel des Innenministeriums beglichen, sondern – wie für alle Landesliegenschaften - hinsichtlich der Instandhaltung aus dem Ressortkapitel des Einzelplan 12 bzw. den Ansätzen des Zentralen Grundvermögens zur Behördenunterbringung. Als Sonderregelung und neue Aufgabe der GMSH wurde jedoch mit Erlass zusätzlich bestimmt, dass die GMSH eine separate Datenbank für die Bestandspläne der Sendeanlagen für den Digitalfunk einrichten und dauerhaft aktualisiert vorhalten sowie Drittnutzungsanfragen bearbeiten soll. Diese Leistungen sind beginnend mit dem letzten Quartal 2012 fortlaufend separat mit dem Landespolizeiamt nach Aufwand abzurechnen.

f. Bearbeitungsstand Sonderbauprogramme

- Sonderprogramm für Gebäude der medizinischen Forschung und Lehre
Die GMSH hat in 2012 mit den jeweiligen Nutzern die Aufstellung der Raumprogramme sowie die Grundlagenermittlung vorgenommen. Für den Standort Lübeck konnte das Raumprogramm des ersten wesentlichen Teilabschnitts auch abgeschlossen werden, so dass die Voraussetzungen für die Entwurfsplanung und damit einen Baubeginn 2014 hier soweit geschaffen sind.
Dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft wurden für das Gesamtprogramm mehrere Vorschläge zur zeitlichen Umsetzung gemacht. Der Geschäftsbereich Landesbau erwartet nun entsprechende Erlasse zur Fortführung der Planung.
- Programm für vorsorgende Finanzpolitik (PROFI)
Der Geschäftsbereich Landesbau hat Vorschlagslisten für geeignete Baumaßnahmen vorgelegt und erwartet die Freigabe und Mittelbereitstellung.
- Sonderprogramm zur Sanierung der Hochschulen
Im Jahr 2012 hat die GMSH die erforderlichen Verfahrensgrundlagen mit dem Finanzministerium abgestimmt. Für eine geeignete Maßnahme der Christian-Albrechts-Universität liegt eine ausführungsfähige Bauplanung vor. Die Beauftragung zur Realisierung wird kurzfristig erwartet.

g. Konjunkturprogramm II

Nachdem im Jahr 2011 die bauliche Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturprogramms II abgeschlossen werden konnte, waren in 2012 noch die bauüblichen Abrechnungsdifferenzen mit den Baufirmen aufzulösen, noch offene Leistungen einzufordern und die Dokumentation fertig zu stellen. Mit Erledigung dieser Arbeiten ist das Konjunkturprogramm nun abgeschlossen.

Drittgeschäft

Der Geschäftsbereich Landesbau strebt neben der Ausweitung der Dienstleistungen für Bund und Land auch die Etablierung eines Drittgeschäfts an, um einerseits bei zurückgehendem Bauvolumen des Landes die Auslastung und finanzielle Absicherung des vorhandenen Personals zu gewährleisten und andererseits einen leistungsfähigen Bestand an Kräften insbesondere für hochspezialisierte Aufgaben wirtschaftlich überhaupt vorhalten zu können. Auf Grundlage des GMSH-Gesetzes kann der Geschäftsbereich Landesbau

Prüfleistungen für mit öffentlichen Mitteln (Zuwendungen) geförderte Baumaßnahmen, Wertermittlungen für Grundstücke sowie Vergabedienstleistungen für Bau- und Lieferleistungen oder den Einkauf von Leistungen freiberuflich Tätiger als Betrieb gewerblicher Art oder im Wege der Beistandsleistung auch für Dritte erbringen.

Aufgrund der derzeit noch hohen Auslastung mit Landesaufgaben wurden Konzepte für ein Drittgeschäft konkret nur dort entwickelt, wo ein unmittelbares Landesinteresse erwartet werden kann oder langfristig strategisch wichtige Kunden gewonnen oder gehalten werden sollen.

So wurde in 2012 im Auftrag des Finanzministeriums ein Strategiepapier zur Wahrnehmung sämtlicher Zuwendungsmaßnahmen in der Landesphäre durch die Fachgruppe Zuwendungsbau erstellt. Durch die Zusammenfassung aller notwendigen Prüfaufgaben in der GMSH könnte ein erhebliches Einsparpotenzial durch Synergieeffekte verbunden mit einheitlichen Prüfstandards ermittelt werden. Eine abschließende Stellungnahme aus dem Finanzministerium zum vorgelegten Bericht liegt zurzeit noch nicht vor.

Darauf aufbauend ist beabsichtigt, die Kommunen in Schleswig-Holstein als strategische Kunden für Prüfaufgaben zu gewinnen. Um eine Einschätzung zu deren Marktpotenzial zu gewinnen, wurden erste Akquisitionsgespräche mit Landkreisen und kreisfreien Städten geführt. Mit der Hansestadt Lübeck besteht bereits ein entsprechender Dienstleistungsvertrag. Die bisherigen Gespräche lassen erwarten, dass positive Deckungsbeiträge erwirtschaftet und somit die Vorhaltekosten des Landes für die Prüfgruppe Zuwendungsbau reduziert werden können. Im Ergebnis ist beabsichtigt, in 2013 erste Rahmenverträge zur Übernahme von Zuwendungsbau-Prüfungspflichten von Kreisen bzw. der Städte abzuschließen.

Mit gleicher Zielstellung wurden Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) aufgenommen, um hier vergabe- und hochbauliche Dienstleistungen zu übernehmen und damit für das Land insgesamt Einsparungen bei den Verfahrenskosten und für die in der GMSH ohnehin vorgehaltene Submissionsstelle eine breitere finanzielle Basis zu schaffen.

Die Übernahme von Projektsteuerungsleistungen für die Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg gestaltet sich bisher wirtschaftlich erfolgreich. Im Jahr 2012 wurden durch den Projektmanagementbereich Leistungen in Höhe von 11.000 Euro erbracht. Auch die Qualität der Leistungen wird vom Kunden positiv gewürdigt. Entsprechend der Vorgabe des Verwaltungsrats wird jedoch eine Ausweitung dieses Leistungsangebots auf den Zeitraum nach 2017 zurückgestellt und dann im Zusammenhang mit dem Rückgang der Landesaufgaben in diesem Segment neu bewertet.

Zuwendungsbau

In 2012 wurden 59 Anträge aus verschiedenen Förderprogrammen mit einem Volumen von rund 201 Millionen Euro geprüft. Diese Maßnahmen befinden sich in der Baudurchführung.

Weiterhin liegen der Fachgruppe fünf Anträge zur baufachlichen Prüfung mit einem Volumen von rund 18 Millionen Euro vor. Diese Maßnahmen befinden sich in der Prüfungsphase.

Die Fachgruppe Zuwendungsbau hat von verschiedenen Bundes- und Landesministerien sowie von der Stadt Lübeck 13 Aufträge zur baufachlichen Prüfung mit einem Volumen von rund 123 Millionen Euro erhalten. Hierzu gehören u. a.

- weitere Promenaden
- Geomar Kiel
- Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung (GBF) Alsen in Itzehoe
- Erweiterung des Wissenschaftszentrum in Kiel
- Energetische Modernisierung des Ausbildungszentrums Ahrensböök, 3. Bauabschnitt
- AWO-Mutter-Kind-Kurheim, Gertrud-Voelckers-Haus in Kellenhusen
- Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Hydrogen Technology Centre (HTC), Polymer Technology Centre (PTC) und Coastal Competence Center (C³)
- Modernisierungsmaßnahmen in der Berufsbildungsstätte Travemünde der Handwerkskammer
- Neubau von zwei Kindertagesstätten in Lübeck

Diese Maßnahmen befinden sich in der Beratungsphase.

Weitere Anträge aus verschiedenen Förderprogrammen wurden angekündigt. Der Auftragseingang stellt sich als langfristig stabil dar.

In 2012 wurden 35 Verwendungsnachweise fertiggestellter Baumaßnahmen aus verschiedenen Förderprogrammen geprüft. Das Volumen umfasst rund 72 Millionen Euro.

Zurzeit befinden sich 129 Maßnahmen in der Überprüfung der Bauausführung. Die überwachten Kosten umfassen rund 661 Millionen Euro. Ferner wurden acht Maßnahmen mit einem Prüfvolumen von acht Millionen Euro fertiggestellt. Die Verwendungsnachweise werden durch die Zuwendungsempfänger momentan aufgestellt und in Kürze zur Prüfung eingereicht.

Wertermittlung/ Grundvermögensverzeichnis (GVV-SH)

Anfang 2010 wurde der GMSH die Bearbeitung und Weiterentwicklung des Grundvermögensverzeichnisses Schleswig-Holstein (GVV-SH) sowie die Ermittlung der Werte (Wiederherstellungswert, Zeitwert und Neubauwert 1936) sämtlicher Liegenschaften des Landes übertragen.

Bis zum Jahresende 2012 wurden plangemäß die aktuellen Werte für folgende Liegenschaften erhoben:

- CAU Kiel mit Außenlieger
- Fachhochschulen
- Justiz

- Landtagsgebäude
- sonstige Liegenschaften des Landes wie z. B. Polizeiautobahnreviere, Wasserschutzpolizei, Institut für Weltwirtschaft, Deutsche Zentralbibliothek Kiel usw.

Die hierfür ermittelten Liegenschaftsdaten wurden im neuen CAFM-Programm pit-FM hinterlegt und im GVV-Webtool für die verantwortlichen Stellen bereitgestellt. Die Migration der bereits vorhandenen GVV-Daten wurde weiter vorangetrieben. Außerdem wurden Datenblätter für den jährlich zu führenden GVV-Datenabgleich entwickelt.

Weitere Schwerpunkte waren die Bewertung von Uferstreifen in Plön und Ostholstein sowie Wertermittlungen für das Land Schleswig-Holstein, den LKN und den Bund.

Folgende Maßnahmen wurden als laufende Projekte neben der Weiterentwicklung des GVV-SH bearbeitet:

- Gutachten über das Finanzverwaltungsamt im Speckenbeker Weg in Kiel
- Gutachten über den Hafen Helgoland
- Gutachten über den Grundstücksverkauf des Amtsgerichts Niebüll
- zahlreiche dringliche Gutachten für das Finanzministerium
- Bewertung von Erbbaugrundstücken

Im Jahre 2012 wurden 61 Gutachten in Höhe von 7,4 Millionen Euro bearbeitet und weitere 58 Liegenschaftserfassungen mit einem Zeitwert in Höhe von 1,82 Milliarden durchgeführt.

Untere Marktüberwachungsbehörde Schleswig-Holstein

Die fachlichen Verwaltungsleistungen, die die GMSH als Organ des Innenministeriums als Marktüberwachungsbehörde von Bauprodukten erbringt, gliedern sich im Wesentlichen in drei verschiedene Bereiche:

Grundsatzaufgaben Marktüberwachung:

- Mitwirkung in länderübergreifenden Gremien
- Grundsatzaufgaben der Produktüberwachung
- Erstellen des Marktüberwachungsprogramms

Durchführungsaufgaben Marktüberwachung:

- Prüfung von Bauprodukten (Konformitätsdeklaration)
- Ordnungsbehördliche Maßnahmen (Vollstreckungsmaßnahmen)
- Risikobewertung
- Vor- und Nachbereitung der Prüfung, Erstellung von Berichten
- einzelfallbezogene reaktive Marktüberwachung

In Schleswig-Holstein wurden 2012 landesweit Produkte von 34 Herstellern geprüft. Die Ergebnisse der Kontrollen im Hinblick auf die CE-Kennzeichnung sind überwiegend positiv. Dies entspricht auch den Erfahrungen, die in anderen Bundesländern gemäß Erfahrungsaustausch im Arbeitskreis Marktüberwachung (AKMÜ) gemacht worden sind.

Öffentliches Baurecht / Brandschutz

Mit Erlass des Innenministeriums vom 30. Juni 2010 (IV 334-166.701.200) wurde der GMSH als öffentliche Baudienststelle die Durchführung der Brandverhütungsschauen in den baulichen Anlagen des Landes und den Gebäuden der ehemaligen Liegenschaftsverwaltung Schleswig Holstein übertragen. Nach umfangreichen Vorarbeiten zur Beschaffung und Sichtung der Protokolle der in der Vergangenheit durch die Kreisbrandschutzingenieure und Berufsfeuerwehren durchgeführten Brandverhütungsschauen wurde im Jahr 2012 mit den ersten Brandverhütungsschauen begonnen. Insgesamt wurden 20 Brandverhütungsschauen durchgeführt.

RÜV-Überwachung baulicher Anlagen des Landes

Auf Grundlage der Verkehrssicherungspflicht für bauliche Anlagen wurde die GMSH Anfang 2010 durch das Finanzministerium beauftragt, sämtliche Landesgebäude in Gefährdungskategorien zu klassifizieren und anhand von Gebäudechecklisten eine Erfassung durchzuführen. Diese bildet die Grundlage für zukünftige Untersuchungsintervalle.

Die aus dem Grundvermögensverzeichnis des Landes erstellte Liste der bebauten Liegenschaften (Gebäudeliste) bildet die verbindliche Grundlage für die Umsetzung der Standsicherheitsprüfungen der Tragwerksplaner der GMSH. Alle in den Listen aufgeführten Gebäude wurden gemäß RÜV-Richtlinie klassifiziert und eine Priorität der Begehung festgelegt. Die Klassifizierung bzw. Prioritätenfestlegung orientierte sich dabei am grundsätzlichen Gefährdungspotential und den möglichen Schadensfolgen im Versagensfall der Konstruktion. Darüber hinaus wurde für Priorität 1 das jeweilige Gefährdungspotential der Gebäude abgewogen und eine weitere Untergliederung in die Stufen a, b und c vorgenommen:

Priorität 1: vorrangig zu untersuchende Gebäude
(132 Ressorts + 59 ZGB = 191 Gebäude)

Priorität 1a: insgesamt 42 Gebäude

- Sporthallen, Hörsaalgebäude bzw. Gebäude mit integrierten Hörsälen

Priorität 1b: insgesamt 50 Gebäude

- Mensen, Lehrsaalgebäude, Bibliotheken, Hochhäuser

Priorität 1c: insgesamt 99 Gebäude

- Verwaltungsgebäude, sonstige (sofern nicht in Priorität 2 einzustufen ist)

Priorität 2: nachrangig zu untersuchende Gebäude
(388 Ressorts + 595 ZGB = 983 Gebäude)

- alle Gebäude, die nicht in Priorität 1 eingestuft sind

Mit Abschluss des Jahres 2012 sind sämtliche Gebäude der Priorität 1a begangen und bewertet worden. Dies wurde ausnahmslos durch eigenes Personal der GMSH durchgeführt.

Insgesamt wurden 102 Gebäude begangen.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass der Zustand der Gebäude auch im Vergleich mit den Gebäuden des Bundes als vergleichsweise gut eingeschätzt werden kann. Es konnte im Zusammenhang mit den Untersuchungen nicht ein Gebäude festgestellt werden, das relevante Standsicherheitsmängel zeigte, die unverzüglich einzuleitende Sicherungsmaßnahmen zur Folge gehabt hätten.

Das Land Schleswig-Holstein wird mit den vorgenommenen Prüfungen seiner Verantwortung in Bezug auf die Verkehrssicherungspflicht umfassend gerecht.

Elektronische Vergabe VOB

Die VOB-Submissionsstelle des Geschäftsbereichs Landesbau hat in 2012 ca. 1.600 VOB-Ausschreibungsverfahren für die Geschäftsbereiche Bundesbau und Landesbau sowie für Dritte durchgeführt. Hiervon waren ca. 330 Verfahren Rahmenvertragsausschreibungen für Zeitvertragsarbeiten.

Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Vergaben über die bereits zum 28. September 2011 eingeführte elektronische Vergabe (e-Vergabe) abgewickelt. Über die Bieterveranstaltungen sowie e-Vergabe-Präsentationen und Telefonmarketing konnte erreicht werden, dass sich bis Ende 2012 ca. 1.650 Bieter zur Teilnahme an der e-Vergabe der GMSH registriert haben.

Hierdurch konnte zum Abschluss des Jahres 2012 eine digitale Downloadrate der Ausschreibungsunterlagen in Höhe von ca. 80 Prozent und eine Rückgabe elektronischer Angebote in Höhe von ca. 20 Prozent erreicht werden.

Die Ergebnisse belegen das große Interesse der an Ausschreibungsverfahren beteiligten Firmen, die zeitlichen, rechtlichen und technischen Vorteile einer elektronischen Vergabe gegenüber der konventionellen Bearbeitung in der Papierlage nutzen zu wollen.

Darüber hinaus wurde auf Grundlage der Neuregelungen der VOB 2009 ein umfassendes Nachforderungsmanagement etabliert. Hierdurch konnte sichergestellt werden, dass eine Vielzahl zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe unvollständiger Angebote nach erfolgter bieterseitiger Nachlieferung in der Wertung verbleiben konnte und somit ein reger Wettbewerb und eine Vergabe zu angemessenen Preisen gewährleistet blieb.

Gebäudebewirtschaftung

Zu den wesentlichen Aufgaben des Geschäftsbereichs Gebäudebewirtschaftung gehören die Bewirtschaftung der landesgenutzten Immobilien, die Verwaltung von Mietverträgen sowie die Anerkennung und Deckung von Raumbedarfen. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt in Organleihe für das Land. Nähere Einzelheiten sind in einem zwischen Land und GMSH geschlossenen Verwaltungsabkommen geregelt und hinsichtlich der operativen Leistungen in einem Bewirtschaftungskatalog konkretisiert.

Bewirtschaftung

Am 31. Dezember 2012 umfasste die Bewirtschaftung 638 (503) Liegenschaften in Schleswig-Holstein. Das Kostenvolumen lag 2012 bei rund 56,2 (49,7) Millionen Euro.

Mit der Übertragung weiterer Bewirtschaftungsaufgaben auf die GMSH, ins-

besondere im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Digitalfunkstationen sowie aus dem Bereich der Justizvollzugsanstalten, ist das Volumen weiter angestiegen. Aus dem Bereich des LKN wurden der GMSH zum 1. Januar 2013 weitere 40 Liegenschaften in die Bewirtschaftung übertragen.

In ihrer Ausrichtung als Leistungsentwickler und Leistungssteuerer hat die Gebäudebewirtschaftung auch in 2012 zahlreiche Aufgaben an Marktteilnehmer vergeben.

Das Vergabespektrum reichte von rund 10.000 Kleinaufträgen im Tagesgeschäft der örtlichen Objektbetreuung, z. B. für Reparaturarbeiten an technischen Anlagen, bis hin zu EU-weiten Ausschreibungen für überregional gebündelt auszuschreibende Bewirtschaftungsaufgaben größeren Umfangs.

Die operativen Bewirtschaftungsaufgaben wurden unverändert von der nach regionalen Zuständigkeitsbereichen organisierten Objektbetreuung wahrgenommen. Insgesamt acht Objektbetreuer und 23 Objektbewirtschafter waren in sechs Bürostandorten als Ansprechpartner der Landesdienststellen und Leistungssteuerer vor Ort für eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche Bewirtschaftung im Einsatz. Sie koordinierten sowohl den Einsatz des eigenen Personals, als auch die im Auftrag der GMSH tätigen Firmen. Die örtliche Objektbetreuung wurde dabei aus der Zentrale von spezialisierten Fachleuten des kaufmännischen, technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements unterstützt.

Neben der Wahrnehmung der operativen Bewirtschaftungsaufgaben wurde in 2012 das SAP-basierte Buchungs- und Auswertungssystem für die Bewirtschaftungskosten grundlegend überarbeitet. Das neu konfigurierte System befindet sich seit dem 1. Januar 2013 im Einsatz. Die durch die Auflösung der LVSH und Umstellung der Bewirtschaftung der GMSH auf Organleihe zum 1. Januar 2011 sehr kurzfristig einzurichtende Interimslösung konnte damit zum Jahreswechsel 2012/2013 abgelöst werden. Nach Ablauf des ersten Buchungsjahres 2013 steht damit für die liegenschaftsbezogenen Bewirtschaftungskosten und den Datenaustausch mit der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes eine höhere Auswertungstiefe als bisher zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt neben dem Tagesgeschäft war 2012 die Konsolidierung des Verfahrensbetriebes für das neue CAFM-System. Mit pit-FM wurde Anfang 2012 das Vorgängersystem Kopernikus abgelöst. Pit-FM unterstützt das technische und infrastrukturelle Gebäudemanagement und ergänzt somit das bei der GMSH für die kaufmännischen Bereiche führende SAP-System.

Energie- und Abfallmanagement

Über eine EU-weite Ausschreibung konnte die GMSH für den Vertragszeitraum 2012/13 erneut günstige Preise für die Lieferung von Erdgas erzielen. Die Ausschreibung umfasste neben den von der GMSH bewirtschafteten Liegenschaften auch die Hochschulen des Landes sowie weitere öffentliche, überwiegend landesnahe Einrichtungen und einige zivile Bundesliegenschaften. Im Ergebnis werden die Teilnehmer der Ausschreibung mit rund 330 Abnahmestellen bei einem jährlichen Gesamtvolumen von 100 Millionen Kilowattstunden von fünf überregionalen Anbietern aus Schleswig-Holstein mit Erdgas versorgt. Im Rahmen des Energiecontrollings wurden 2012 für rund 350 Liegenschaften

liegenschaftsbezogene Energieberichte erstellt und den Gebäudenutzern übermittelt. Der nächste übergreifende Energiebericht ist für 2013 geplant. Darüber hinaus wurden in 2012 verschiedene liegenschaftsübergreifende Energieauswertungen, u. a. für das Wirkungsmonitoring der energiesparenden und ökologischen Maßnahmen in den vom Land genutzten Liegenschaften, für den Sanierungsfahrplan der zivilen Bundesliegenschaften in Schleswig-Holstein sowie eine Auswertung und Prognose der Entwicklung der CO₂-Emissionen und Energiekosten für die interministerielle Arbeitsgruppe Energie- und Klimaschutz in Landesliegenschaften (AGEK) erstellt.

Im Rahmen von Liegenschaftsbegehungen erfolgte durch die Betriebsoptimierung der GMSH eine örtliche Beratung und Unterstützung der Gebäudenutzer und Betreiber zu Fragen der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung. In diesem Zusammenhang wurden in 2012 mehr als 150 Begehungsberichte erstellt, die Hinweise zu baulichen, betrieblichen und nutzungsbezogenen Energie- und Wassersparmaßnahmen enthalten. Die Modernisierungsempfehlungen aus den Energieausweisen und Begehungsberichten fließen in die Planungsüberlegungen bei Baumaßnahmen im Bereich der Landes- und zivilen Bundesliegenschaften ein.

Zusätzlich zu den Regelbegehungen führt der Fachbereich Energie- und Abfallmanagement auch anlassbezogene Begehungen durch, u. a. für die Erstellung von Thermografien, Lastgangmessungen, Langzeittemperaturmessungen, Unterstützung bei der Beseitigung von Raumklimatisierungsproblemen im laufenden Betrieb oder zur Beratung bei der Umsetzung kleinerer Energiesparmaßnahmen.

Ein Schwerpunkt im Abfallbereich war 2012 die Ausschreibung und Optimierung der Datenträgervernichtung. Im Ergebnis konnten die jährlichen Kosten von rund 208.000 Euro um 98 Prozent auf rund 4.300 Euro gesenkt werden.

Drittmietvertragsverwaltung, Raumbedarfsdeckung und Raumbedarfsanerkennung

Zum Stichtag 31. Dezember 2012 hat die GMSH für das Land 620 (652) Mietverträge verwaltet, darunter 478 (483) Anmietungen und 142 (169) Vermietungen von Flächen und Einrichtungen. Der Vertragswert betrug zum Stichtag rund 23,1 Millionen Euro (22,4 Millionen Euro), davon 17,8 Millionen Euro (17,7 Millionen Euro) für Anmietungen. Daneben wurden 31 Verträge für die GMSH (Anmietungen für den Eigenbedarf) und Untermietverhältnisse mit einem Vertragswert von rund 2,4 Millionen Euro verwaltet. Trotz der rückläufigen Anzahl der Verträge war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg des Vertragswertes zu verzeichnen. Dieser resultiert im Wesentlichen aus einer vorübergehenden Vermietung eines größeren, vom Land käuflich erworbenen Liegenschaftsbereiches in Kiel.

Im Bereich der Raumbedarfsdeckung wurden zehn Aufträge des Landes mit einem Jahresmietvolumen von rund 238.000 Euro abgeschlossen.

Die Aktivitäten in den vorgenannten Bereichen führten zu einmaligen Kostenvorteilen für das Land in Höhe von rund 137.000 Euro und zu weiteren sich über die Vertragslaufzeit verteilenden Kostenvorteilen in Höhe von jährlich rund 184.000 Euro.

Beschaffung

Im Berichtsjahr konnte ein anhaltend hohes Beschaffungsvolumen erfolgreich und störungsfrei abgewickelt werden. Die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen wurden nur knapp verfehlt. Die sonstigen Träger der öffentlichen Verwaltung haben die GMSH wieder stark in Anspruch genommen.

Das im Jahr zuvor eingeführte elektronische Vergabesystem läuft stabil und wird zunehmend von Bietern genutzt. Die e-Vergabe der GMSH besitzt nicht nur ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal bezüglich des raschen Anstiegs beim Nutzungsgrad, sie ist auch die einzige größere Plattform, mit der sowohl VOL- als auch VOB-Ausschreibungen abgewickelt werden können. Das System wurde im Berichtsjahr stetig weiterentwickelt. Gemäß interner Abstimmung zwischen den Geschäftsbereichen Beschaffung, Landesbau sowie IT und Organisation hat der Geschäftsbereich Beschaffung die Koordinierung des internen und externen Marketings des für die GMSH strategischen Produkts übernommen und organisiert Bieterschulungen und Gespräche mit sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung, die ein hohes Interesse an der Beteiligung der in der GMSH eingesetzten Technologie bekundet haben. Zunächst ist die GMSH in konstruktive Gespräche mit dem LBV und dem LKN eingetreten, um auch für die Gebiete Wasser- und Straßenbau eine Beteiligung an der Plattform zu erreichen mit dem Ziel, die laufenden Betriebskosten auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Weiterhin gehört zum Marketing der regelmäßige Dialog mit den entsprechenden Verbänden der Wirtschaft (insbesondere Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie die Auftragsberatungsstelle Schleswig-Holstein), der ebenfalls sehr positiv vorangetrieben wurde.

Der Geschäftsbereich Beschaffung ist bestrebt, die im Vergleich zu den VOB-Ausschreibungen des Geschäftsbereichs Landesbau niedrigere Quote online abgewickelter Beschaffungsverfahren weiterhin zu steigern. Dies gestaltet sich komplex, da wegen der Vielfalt der durch die Beschaffung eingekauften Waren und Dienstleistungen eine sehr hohe Anzahl von Lieferanten nur selten auf spezielle Ausschreibungen mitbietet und daher weniger Interesse hat, dies online zu tun und sich auf der Plattform zu registrieren.

Die Anzahl der durch die Beschaffung im Berichtsjahr abgewickelten Vergabeverfahren verringerte sich leicht im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2012 wurden 1001 Vergabeverfahren (2011 – 1.026 Verfahren) erfolgreich abgewickelt. Eine Ausnahme bildet lediglich die laufende Postausschreibung, die mittlerweile vor dem Oberlandesgericht verhandelt wurde. Dabei hat die GMSH in den meisten strittigen Klagepunkten Recht erhalten, dennoch muss ein Verfahrensschritt in 2013 wiederholt werden. Aller Voraussicht nach werden die Anschlussverträge (ab 1. September 2013) trotzdem zeitgerecht ausgeschrieben sein, was vor dem Hintergrund der Vielzahl sich ebenfalls an der Ausschreibung beteiligender Städte und Landkreise wichtig wäre.

Bei Ausschreibungen im fremden Namen und auf fremde Rechnung konnte die GMSH einen Umsatz in Höhe von knapp 700.000 Euro erwirtschaften, was nahezu den Ansätzen des Wirtschaftsplans entspricht. Insgesamt wurde im fremden Namen und auf fremde Rechnung ein Ausschreibungsvolumen in Höhe von ca. 72,3 Millionen Euro abgewickelt.

Das Volumen der Beschaffung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung konnte auf hohem Niveau gehalten werden: Bei der Beschaffung von Material und Dienstleistungen wurde ein Einkaufsvolumen in Höhe von ca. 28,4 Millionen Euro abgewickelt. Insgesamt hat der Geschäftsbereich Beschaffung somit ein Beschaffungsvolumen in Höhe von 102,7 Millionen Euro bewältigt. Dies stellt eine Steigerung zum Vorjahr dar, in dem ca. 100 Millionen Euro abgewickelt wurden. Die bei der Beschaffung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erzielten Umsätze lagen mit ca. 30,8 Millionen Euro deutlich über denen des Vorjahres (26,2 Millionen Euro). Die hieraus erwirtschafteten Erträge in Höhe von 2,4 Millionen Euro führten zu einer leichten Unterschreitung des Wirtschaftsplans (2,78 Millionen Euro).

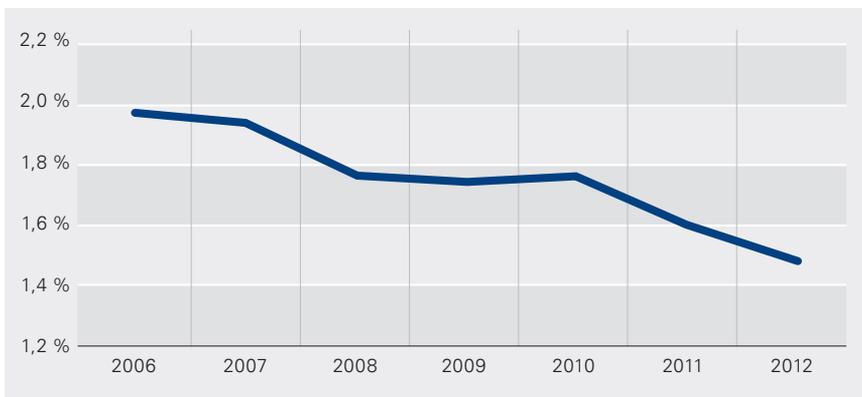
Die Personal- und Sachkosten lagen im Rahmen der Wirtschaftsplanansätze, so dass insgesamt ein nahezu ausgeglichenes Bereichsergebnis erzielt wurde.

Obwohl die GMSH weiterhin stark von sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung in Anspruch genommen wird, lag die Quote der sich an der Beschaffung beteiligten sonstigen Träger der öffentlichen Verwaltung mit 15,1 Prozent im Jahr 2012 – bezogen auf das Gesamtbeschaffungsvolumen – im Vergleich zu den Vorjahren auf einem niedrigen Niveau. Dies lag vor allem daran, dass diverse deutsche Förderbanken, die im Jahr zuvor große Ausschreibungsvolumina über die GMSH haben abwickeln lassen, im Jahr 2012 keine größeren Projekte auf der Agenda hatten (diese sind für 2013 allerdings angekündigt und sollen über die GMSH abgewickelt werden). Außerdem hat der Geschäftsbereich zum einen höhere Volumina für das Land direkt und zum anderen im Rahmen der stetig engeren Zusammenarbeit mit den Baubereichen der GMSH für die GMSH selber und damit auch für Land und Bund abgewickelt. Trotz der gesunkenen Quote ist zu beobachten, dass das Interesse an einer Beteiligung an der GMSH-Beschaffung nachhaltig hoch ist. Neben den schon routinemäßig abzuwickelnden Ausschreibungen von Feuerwehrfahrzeugen (die GMSH führt mittlerweile jährlich zwei bis drei Bündelausschreibungen für diverse Ämter und Kommunen durch) ist positiv zu erwähnen, dass auch das Interesse größerer Verwaltungseinheiten (z. B. Städte) an der Nutzung der GMSH-Beschaffung stetig ansteigt. Die GMSH wird zukünftig versuchen, den auch vom Finanzausschuss des Landtages geäußerten Willen zur Ausweitung dieses Drittgeschäftes zwecks Verteilung der Beschaffungsprozesskosten auf noch mehr Schultern nachzukommen und weiterhin und in steigendem Maße für sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung tätig zu werden.

Bezogen auf den Beschaffungsprozess selber wurden im Berichtsjahr ebenfalls Verbesserungen erzielt. So konnten die Reklamationsquoten gesenkt werden. Die Quote aus Kundensicht konnte von 1,63 Prozent in 2011 auf 1,52 Prozent gesenkt werden. Dieses gilt auch für weitere Kennziffern im Rahmen der Reklamationsstatistik. Nachfolgende Grafik zeigt den positiven Rückgang innerhalb der letzten Jahre auf:

Reklamationsquote in % der Bestellpositionen (Kundensicht)

Anzahl der Reklamationen im Verhältnis zur Anzahl der Bestellpositionen
(in Prozent und pro Jahr)



Neben der Generierung von Preisvorteilen ist es Aufgabe des Geschäftsbereichs, die Prozesskosten des gesamten Beschaffungsprozesses (angefangen in den Dienststellen) zu reduzieren. Wesentliche Kriterien hierbei sind die Durchsetzung von Standards, die dann in Form von Rahmenverträgen zur Ausschreibung kommen und die die Abwicklung möglichst vieler Teilprozesse im ressourcenschonenden elektronischen Online-Verfahren ermöglichen. Hierbei dienen u. a. die Quoten der Nutzung von Rahmenverträgen und der Abwicklung über Online-Bestellwege (Online-Shops) als Messgrößen für den erreichten Standardisierungsgrad. Beide Quoten konnten gesteigert werden. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mittlerweile auch Landesdienststellen in hohem Maße Spezialbedarfe durch die GMSH beschaffen lassen und diese Bedarfe sich nicht oder nur schwer für eine Standardisierung eignen, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Quoten nicht mehr nachhaltig steigern lassen. Dies wäre nur über eine elektronische Vernetzung des Beschaffungswesens der GMSH mit dem System des Landes zur dezentralen Mittelbewirtschaftung möglich, wie sie die GMSH im Jahr 2003 in Form eines Prototyps für das Land entwickelt hatte.

Ein wesentliches Projekt im Jahr 2012 bestand in der Vorbereitung der bereits mehrfach angekündigten Ausschreibung von Endgeräten für den Digitalfunk der Kreise und Kommunen. Der GMSH ist es gelungen, in einer sehr engen Zusammenarbeit mit der Landespolizei und dem Innenministerium die drei kommunalen Spitzenverbände vom Beschaffungsmodell der GMSH zu überzeugen und eine Abfrage der von den Verwaltungseinrichtungen im Lande zukünftig benötigten Digitalgeräte zu initiieren. Die Ausschreibung wird erfolgen, sobald die Auswertung über die benötigte Anzahl an Digitalfunkgeräten vorliegt. Bemerkenswert ist, dass nahezu alle durch die kommunalen Spitzenverbände vertretenen Einrichtungen sich an dieser Ausschreibung beteiligen und die Landespolizei sowie das Land mit der Ausschreibung (die auf dem modifizierten Leistungsverzeichnis der vor einigen Jahren ausgeschriebenen Geräte für den Digitalfunk der Landespolizei basiert) wiederum ihrem Interesse einer technisch einheitlichen Systemlandschaft im Digitalfunk ein gutes Stück näher kamen.

Dieses Projekt ist auch deshalb bedeutsam, weil es unter der Beteiligung aller kommunalen Spitzenverbände und der GMSH bzw. dem Land erfolgreich betrieben wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der zentralen Beschaffungsstelle ist die Berücksichtigung der nachhaltigen und verantwortungsvollen öffentlichen Beschaffung. Die auch im Rahmen der mehrjährigen EMAS-Zertifizierung der GMSH betriebenen Aktivitäten wurden noch einmal verstärkt. Ziel ist die Sicherstellung einer sozialverträglichen Beschaffung unter Verhinderung von Verletzungen der in der internationalen Kernarbeitszeitnorm ILO 182 dargelegten sozialen Arbeitsbedingungen, ebenso wie die Steigerung der Beschaffungsquoten möglichst ökologischer und nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen. Hier engagiert sich die GMSH in diversen Arbeitskreisen und kann über ihr elektronisches Warenwirtschaftssystem den Nachweis antreten, dass nur eine zentrale, elektronische Beschaffung in der Lage ist, entsprechende Ziele auch tatsächlich messbar durchzusetzen. Dafür wird sie von diversen Landeseinrichtungen gerne in Anspruch genommen.

Die GMSH wird sich im Jahr 2013 damit beschäftigen, die e-Vergabe-Plattform als Instrument der ökologischen (Einsparung von Papier für die Ausschreibungsunterlagen), ökonomischen (schlanke Prozesse), transparenten und der Steigerung der Rechtssicherheit für kleine und mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein dienendes Instrument dergestalt weiter zu entwickeln, dass möglichst die gesamte Verwaltung in Schleswig-Holstein über diesen Marktplatz Ausschreibungen initiiert.

Darüber hinaus ist es erklärtes Ziel, weiter gemeinsam mit dem Land und in guter Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium an Standardisierungsprojekten zu arbeiten. Hierbei kommen Themen wie die Entwicklung noch engerer Standards für z. B. Dienstfahrzeuge unter Verwendung von alternativen Antriebsformen zum Tragen. Der dabei üblicherweise entstehende Komfortverlust in den einzelnen Dienststellen erfordert eine starke Unterstützung der GMSH durch die Ressorts.

Die GMSH möchte im nächsten Jahr auch das von ihr vor mehreren Jahren vorgelegte Logistik-Konzept und das Konzept zur Übernahme des Druck- und Vervielfältigungswesens für das Land wieder aufgreifen, da hiermit nach ihrer Auffassung weiteres Einsparpotential generiert werden kann.

Lagebericht



Lagebericht

I. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2012 wirkten sich die Änderungen des GMSH-Gesetzes aus dem Jahr 2011 auf die Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Während im Geschäftsjahr 2011 die Abrechnung der Bewirtschaftungskosten aus 2010 für das Land Schleswig-Holstein noch zu entsprechenden Umsatzerlösen führte, wurden im laufenden Geschäftsjahr keine wesentlichen Umsatzerlöse aus der Gebäudebewirtschaftung mehr ausgewiesen, da die Bewirtschaftungsaufgaben für das Land seit dem 01.01.2011 im fremden Namen für fremde Rechnung in Organleihe wahrgenommen werden. Eine weitere Anpassung des GMSH-Gesetzes hinsichtlich der Anwendung des Versorgungslastenteilungsgesetzes hat Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage der GMSH. Danach ist mit Wirkung vom 31.12.2012 für alle bis zum 31.12.2010 vom Land in den Dienst der GMSH übernommenen Beamten eine Rückkehr zur Anwendung des § 107b Beamtenversorgungsgesetzes in der bis zum 31.12.2010 geltenden Fassung vorgesehen. Das Versorgungslastenteilungsgesetz findet dann nur noch Anwendung auf von anderen Dienstherrn als dem Land Schleswig-Holstein übernommene Beamte und auf zukünftige Dienstherrnwechsel.

II. Lage des Unternehmens

II.1 Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der GMSH beläuft sich per 31.12.2012 auf 109,9 Mio. €, gegenüber dem Stand per 31.12.2011 mit 104,9 Mio. € ergibt sich damit ein Bilanzsummenanstieg um 5,0 Mio. € bzw. 4,8 %. Grundlegende Effekte lassen sich in dem Berichtsjahr auf die vorstehend beschriebene Veränderung der Rahmenbedingungen zurückführen. Diese werden jedoch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Bilanzsumme und die Bilanzstruktur zum Teil durch gegenläufige Positionen kompensiert.

Bei der Betrachtung der Einzelpositionen ergibt sich folgendes Bild:

Der Bilanzsummenanstieg resultiert auf der Aktivseite ausschließlich aus der Entwicklung der Positionen des Umlaufvermögens. Das Anlagevermögen reduzierte sich dagegen aufgrund der planmäßigen Abschreibungen der Sachanlagen sowie der immateriellen Vermögensgegenstände insgesamt um 0,5 Mio. € auf 2,7 Mio. €.

Die Zunahme des Umlaufvermögens ist zurückzuführen auf den deutlichen Anstieg der „Guthaben bei Kreditinstituten“ um 6,0 Mio. € auf 68,3 Mio. €. Die zusätzlichen Bankguthaben stellen die Gegenpositionen zu den Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber Bund und Land aus den Organleiheabrechnungen und zu dem Anstieg der Rückstellungspositionen dar.

Die Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ bleibt mit insgesamt 38,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert (38,5 Mio. €) nahe-

zu unverändert. Innerhalb der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ ergeben sich jedoch erhebliche Auswirkungen durch die Rückkehr zur Versorgungslastenteilung nach § 107b Beamtenversorgungsgesetz für den Großteil der bei der GMSH tätigen Beamtinnen und Beamten. Der Ausgleichsanspruch gegenüber dem Land steigt dadurch im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Mio. € auf 34,7 Mio. €. Dieser Effekt wird jedoch durch den Rückgang der Forderungen aus den laufenden Kostenerstattungsansprüchen kompensiert.

II. 2 Finanzlage

Die GMSH verfügt im Berichtsjahr unverändert über ein gezeichnetes Kapital von 8 Mio. €. Die Rücklagen betragen wie im Vorjahr 6,2 Mio. €.

Die Rückstellungen haben sich in dem Berichtsjahr per Saldo um 2,9 Mio. € erhöht, wobei einem Anstieg der Rückstellungen für Beamtenpensionen um 3,3 Mio. € sowie für Beihilfeverpflichtungen um 0,5 Mio. € eine Reduzierung der Rückstellungen für Altersteilzeit um 0,8 Mio. € – im Wesentlichen aufgrund des Auslaufens der Altersteilzeitregelungen für Tarifbeschäftigte zum Jahresende 2009 – gegenübersteht. Die in dem Jahr 2010 erstmals anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes haben sich in dem Jahr 2012 mit Zusatzaufwendungen von etwa 0,5 Mio. € bei den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen bzw. anteilig auf die Erhöhung des Erstattungsanspruchs ausgewirkt.

In der Position „Verbindlichkeiten“, die sich um 2,1 Mio. € erhöht hat, schlagen sich auch die Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber Bund und Land aus der Abrechnung der in Organleihe wahrgenommenen Bau-, Bewirtschaftungs- und Serviceaufgaben sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nieder.

Die Gegenposition zu den vorstehend aufgeführten Rückzahlungsverpflichtungen – ebenso wie für die Rückstellungspositionen – stellen die Bankguthaben dar.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft sind geordnet.

II. 3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse sanken im abgelaufenen Jahr deutlich um 37,3 Mio. € (- 54,1 %) auf 31,6 Mio. €, resultierend aus der Überführung der Bewirtschaftungsaufgaben für das Land in die Organleihe. Die verbleibenden Erlöse betreffen damit fast ausschließlich die Beschaffung von Bedarfsmaterial und Dienstleistungen sowie die Durchführung von Ausschreibungen für das Land Schleswig-Holstein und andere Träger öffentlicher Verwaltung.

Ein kräftiger Rückgang war in dem Jahr 2012 mit – 6,1 Mio. € auf 71,3 Mio. € bei den sonstigen betrieblichen Erträgen zu verzeichnen. Diese Position umfasst nahezu ausschließlich die Kostenerstattungen für die Wahrnehmung der Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben des Landes sowie der Bauaufgaben des Bundes, des Universitätsklinikums und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf. Das Absinken der Erstattungsansprüche der GMSH gegenüber dem Land ist auf die Auswirkungen des Versorgungslastenteilungsgesetzes zurückzuführen. Das Land hatte hieraus im Vorjahr eine Einmalbelastung in Höhe von 7,3 Mio. € zu tragen. Bereinigt um diesen Sondereffekt ergibt sich für alle Organentleiher insgesamt ein Anstieg der Kostenerstattungen um 1,6 Mio. €.

Der Materialaufwand ist um 2,7 Mio. € auf 28,7 Mio. € gestiegen und beinhaltet korrespondierend zu den Umsatzerlösen fast ausschließlich den Einkauf von Waren und Dienstleistungen für die Durchführung der Beschaffungsaufgaben. Die Personal- und Sachaufwendungen beliefen sich im Jahr 2012 auf 70,5 Mio. € nach 77,2 Mio. € im Jahr 2011. Bei dem Rückgang in Höhe von 6,7 Mio. € ist der sich im Vorjahr auswirkende Sondereffekt des Versorgungslastenteilungsgesetzes in Höhe von 7,3 Mio. € zu berücksichtigen. Bereinigt um diesen Sondereffekt ergibt sich damit ein Anstieg der Personal- und Sachkosten um 0,6 Mio. €. Die Zinserträge sind aufgrund der im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin rückläufigen Zinssituation an den Geld- und Kapitalmärkten von 1,1 Mio. € auf 0,8 Mio. € gesunken.

Die **Gewinn- und Verlustrechnung** schließt für das Jahr 2012 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 0,05 Mio. € ab.

Bei der Betrachtung der **Einzelbereiche** ergibt sich folgendes Bild:

Der Geschäftsbereich **Gebäudebewirtschaftung** hat seiner Aufgabenstellung entsprechend ebenso wie auch in den Vorjahren die Optimierung aller operativen Bewirtschaftungs- sowie auch der Regieleistungen fortgesetzt. Nach Realisierung der wesentlichen Kosteneinsparmöglichkeiten in den vergangenen Jahren stand im Berichtsjahr erneut das Ziel im Vordergrund, nach Möglichkeit die unausweichlichen Preis- und Tarifsteigerungen durch weitere Optimierungsmaßnahmen zu dämpfen.

Aufgrund der in dem Jahr 2010 erfolgten Änderung des GMSH-Gesetzes erfolgt die Bewirtschaftung seit dem 1.1.2011 in Organleihe für das Land. Die mit dem Land geschlossenen Bewirtschaftungs- und Serviceverträge wurden vor diesem Hintergrund durch ein Verwaltungsabkommen abgelöst. Als Folge dieser Änderung mussten sämtliche mit Dritten bestehenden Verträge über Bewirtschaftungsleistungen auf das Land übergeleitet werden und eine Umstellung der IT-Systeme sowie der Verträge vorgenommen werden.

Ein Ergebnis des Geschäftsbereiches Gebäudebewirtschaftung kann nach der Gesetzesänderung zum 1.1.2011 nur noch aus der Wahrnehmung restlicher im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art zu erbringender Aufgaben resultieren. Die Wahrnehmung der Bewirtschaftungsleistungen für die unmittelbar dem Land zuzurechnenden Dienststellen erfolgt dagegen in Organleihe gegen Erstattung der Istkosten. Das Ergebnis aus der Wahrnehmung des weitaus überwiegenden Teils der Bewirtschaftungsleistungen ist damit per Definition ausgeglichen. Auch die ebenfalls zur Bewirtschaftung gehörenden Ver- und Entsorgungskosten werden mit dem Land entsprechend den tatsächlich angefallenen Kosten abgerechnet.

Der Bereich Gebäudebewirtschaftung weist in dem Jahr 2012 bei Gesamterträgen für die erbrachten Bewirtschaftungs- und weiteren Leistungen für Landesdienststellen und für sonstige Träger von 20,378 Mio. € und Aufwendungen in Höhe von 20,380 Mio. € ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis auf.

Die Entwicklung im **Landesbau** war in dem Berichtsjahr 2012 zunächst durch die Vorbereitungsmaßnahmen für eine nachhaltige strukturelle Umstellung bestimmt, die dadurch erforderlich wurde, dass von Seiten des Landes vor dem Hintergrund des Konsolidierungspfades eine Reduzierung der aus dem Einzelplan 12 des Landeshaushalts zu finanzierenden Bauausgaben von bisher jährlich

etwa 110 Mio. € auf zukünftig 70 bis 80 Mio. € angekündigt wurde. Die tatsächlichen Bauaufgaben sind gegenüber den „Normaljahren“ allerdings nicht zurückgegangen, da in erheblichem Umfang Planungsaufträge abzuarbeiten waren und sind, die über die Ressorts finanziert werden. Darüber hinaus wurden der GMSH für die Abwicklung zusätzlicher Vorhaben des UKSH die benötigten Mittel von dieser Einrichtung direkt zugewiesen. Des Weiteren wurde ab Mitte des Jahres von der Landesregierung die Auflegung zusätzlicher umfangreicher Sonderbauprogramme angekündigt.

Die GMSH hat dann vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Aufgabenentwicklung sowie der von der Landesregierung zur Qualitätssicherung angestrebten verstärkten fachlichen Überwachung der Bauvorhaben ihren Personalbestand in Abstimmung mit dem Finanzministerium durch unbefristete und befristete Einstellungen fortlaufend bedarfsgerecht neu ausgesteuert. Das Honorarvolumen für die Beauftragung von Freiberuflern konnte dagegen im Jahr 2012 wieder zurückgefahren werden.

Die Abwicklung der Bauaufgaben hat auch in den Bereichen Zentrale Bauherrenaufgaben, Submissionsstelle und Bauhaushalt erhebliche Kapazitäten gebunden. Da die von dort für den Bauprozess zwingend beizutragenden Tätigkeiten nicht auf Externe übertragbar sind, stellt die hier vorgehaltene personelle Ausstattung einen begrenzenden Faktor für die umsetzbaren Bauaufgaben der GMSH dar.

Die mit dem Konjunkturprogramm II gewonnenen Erfahrungen stützen die aktuellen Bestrebungen, durch den mit der Produktivsetzung der e-Vergabe im Berichtsjahr eingeleiteten Ausbau der IT die technische Unterstützung und die Verschlinkung der Prozesse in diesem Bereich fortzusetzen, um mehr Flexibilität und auch Kapazitätsreserven zu erreichen.

Entgegen den Erwartungen ist in dem Bereich des Landes für 2012 mit 103,5 Mio. € ein – bereinigt um die Maßnahmen des Konjunkturprogramms II – gegenüber den Vorjahren nahezu unverändertes Bauvolumen umgesetzt worden. Anzahl und Umfang der eingegangenen und angekündigten Planungsaufträge – insbesondere im Bereich des Klinik- und Hochschulbaus – weisen auch für die kommenden Jahre auf eine Verstetigung auf dem bisherigen Niveau hin.

Im Geschäftsbereich **Bundesbau** wurden die in den Mittelabflussbesprechungen abgestimmten Bauausgabenziele erreicht. Insgesamt beliefen sich die Bauausgaben im Bundesbau im Jahr 2012 auf ca. 73,4 Mio. €. Das Ausgabevolumen lag damit ca. 18,5 Mio. € unter dem des Vorjahres (ca. 91,9 Mio. €). Ursächlich für diesen Einbruch bei den Bauausgaben ist, dass in Folge der Stationierungsentscheidung des BMVg zahlreiche Planungsaufträge bzw. Bauvorhaben im Verteidigungsbau gestoppt wurden.

Dieser Entwicklung begegnete der GBB mit der Erhöhung der Eigenerledigungsanteile bei Kleinen Baumaßnahmen. Ein längerfristiger Personaleinsatz, z. B. für die Eigenerledigung der Baudurchführung bei Großen Baumaßnahmen, wurde jedoch vermieden, um bei zukünftig wieder anwachsendem Auftragseingang flexibler reagieren zu können.

Die durch die Stationierungsentscheidung des BMVg beschlossene Truppenreduzierung in Schleswig-Holstein führt aber nach den vorliegenden Informationen nicht zu einer Reduzierung des Aufgabenvolumens im Bundesbau. Zur Umsetzung der Bundeswehrreform hat der Bund für die kommenden Jahre zunächst jedoch einen starken Anstieg der Bauausgaben angekündigt. So sind

für das Jahr 2013 wieder Bauausgaben von ca. 100 Mio. € und für die Folgejahre Bauausgaben in Höhe von ca. 120 Mio. € jährlich vorgesehen. Darüber hinaus hat der Bund im Jahr 2012 ein Programm zur energetischen Sanierung der Bundesliegenschaften angeschoben („Sanierungsfahrplan Bundesliegenschaften“), in dessen Zuge zahlreiche und umfangreiche Liegenschaftsenergiekonzepte aufgestellt werden sollen. Ob und zu welchem Zeitpunkt aus diesen Vorüberlegungen Baumaßnahmen resultieren, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Die **Baubereiche** haben die Bauaufgaben weiterhin zum weitaus überwiegenden Teil in Organleihe und nur in sehr geringem Umfang im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art erbracht. Entsprechend den in den Verwaltungsabkommen mit den Organentleihern getroffenen Vereinbarungen erfolgt die Kostenzuordnung auf der Grundlage der projektbezogen nachgehaltenen tatsächlich eingesetzten Kapazitäten, die über Stundenaufschreibungen erfasst werden. Die Kostenzuordnung nach dem vorstehend beschriebenen Verfahren erfolgt auch für alle Leistungen des Betriebes gewerblicher Art. Die Abrechnung der in diesem Bereich erbrachten Leistungen wird grundsätzlich nach Marktsätzen vorgenommen.

Während die Kosten für die in Organleihe wahrgenommenen Bauaufgaben durch die Organentleiher erstattet werden, ergibt sich das Ergebnis der gewerblichen Bauaktivitäten aus der Gegenüberstellung der Kosten und der Erlöse. Das Ergebnis der Baubereiche ist vor diesem Hintergrund in dem Berichtsjahr nahezu ausgeglichen.

Der Umsatz des Bereiches **Beschaffung** mit Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung mit Dritten lag in dem Jahr 2012 mit 30,8 Mio. € über dem Wert des Vorjahres mit 26,2 Mio. €. Die Umsatzsteigerung resultiert im Wesentlichen aus der Umstellung des Abrechnungsverfahrens mit dem Land und anderen Hoheitsträgern, da die Umsatzsteuer im laufenden Geschäftsjahr erstmalig nicht gesondert ausgewiesen wurde, sondern in den Umsatzerlösen enthalten ist. Die gemäß Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 erwarteten Umsätze wurden nicht erreicht.

Neben der Bewältigung des Tagesgeschäftes hat der Bereich Beschaffung in dem Berichtsjahr die elektronische Vergabeplattform der GMSH für VOL- und VOB-Verfahren, die eine unbürokratische und rechtssichere Beteiligung registrierter Unternehmen an den Vergabeverfahren der GMSH ermöglicht, weiter ausgebaut. Dieses neue Instrument ist auf mehreren in Zusammenarbeit mit den Interessenverbänden der Wirtschaft und des Handwerks durchgeführten Informationsveranstaltungen auf reges Interesse der Unternehmen gestoßen, da hierdurch die Beteiligung der Unternehmen an den immer komplizierteren Vergabeverfahren durch die elektronische Unterstützung bei der Abforderung der Vergabeunterlagen und bei der Abgabe der Angebote wesentlich erleichtert wird. Der weitere Ausbau der elektronischen Vergabeplattform auch für VOF-Verfahren ist ab 2014 vorgesehen.

Das Ergebnis des Bereiches Beschaffung war in dem Gesamtjahr 2012 mit -29,7 T € leicht negativ.

Das „**sonstige betriebliche Ergebnis**“ der GMSH erreichte in dem Berichtsjahr 4 T €.

III. Wesentliche Chancen und Risiken

Die Gesellschaft hat für alle erkennbaren Risiken durch ausreichend bemessene Rückstellungen Vorsorge getroffen. Das Unternehmen hat ein an dem Risikogehalt der Geschäftstätigkeit ausgerichtetes Risikomanagementsystem implementiert, das fortlaufend aktualisiert wird. Bei der Beurteilung der Risiken des Unternehmens ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die GMSH nahezu ausschließlich für den Bund, das Land und dem Land zuzurechnende Einheiten in Organleihe gegen Istkosten-Erstattung tätig ist und darüber hinaus im Rahmen von Beistandsleistungen für sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung. In den Jahren 2013 und 2014 wird für die Bereiche Gebäudebewirtschaftung und Beschaffung mit einer weiteren leichten Ausweitung des Aufgabenvolumens gerechnet, während für den Bereich des Landesbaus ein gleichbleibendes Aufgabenvolumen und für den Bereich des Bundesbaus – wegen der baulichen Maßnahmen als Folge der Bundeswehrstrukturreform – ein deutlicher Anstieg des Bauvolumens erwartet wird.

IV. Prognosebericht / Ausblick

In den Frühjahrsbesprechungen zum Mittelabfluss 2013 und zur weiteren Haushaltsplanung mit dem Finanzministerium Schleswig-Holstein wurde bekräftigt, dass mittelfristig insbesondere für Hochschulen und Justiz erhebliche **Baubedarfe** bestehen, deren Umsetzung ein Bauvolumen auf dem bisherigen Niveau bedingt. Der erwartete starke Rückgang sowohl in den allein planerischen und gutachterlichen Aufgaben als auch beim Bauausgabevolumen, auf den der Geschäftsbereich Landesbau sich personell und hinsichtlich der internen fachlichen Schwerpunkte, z.B. zur Erhöhung des Eigenanteils bei Architekten und Ingenieurleistungen in großen Baumaßnahmen bereits einstellt, zeichnet sich hier nicht ab. Tatsächlich bilden die Übersichten sogar einen gegenteiligen Trend ab. So sollen zwar die Baumaßnahmen für die Krankenversorgung am UKSH über einen Wettbewerblichen Dialog einem Privaten übertragen werden. Das UKSH hat jedoch wichtige Baumaßnahmen identifiziert, die vor Abschluss des Wettbewerblichen Dialogs schon begonnen werden müssen und die somit gemeinsam mit der GMSH realisiert werden sollen. Da die Vorhaben selbst aufgrund des erheblichen finanziellen Volumens mehrjährige Laufzeiten aufweisen, wird die GMSH bis zu deren Fertigstellung voraussichtlich Ende 2016 in einem erheblichen Umfang mit eigenen Mitarbeitern noch eingebunden sein. Auch sind zur Weiterentwicklung von Forschung und Lehre an den Hochschulen in Schleswig-Holstein, insbesondere im Bereich der medizinischen Forschung, zusätzliche Bauvorhaben vom MBW geplant.

Die GMSH wird deshalb bis zum Vorliegen gesicherter Erkenntnisse für den tatsächlichen Rückgang der Bauaufgaben eigene Kapazitäten im bisherigen Umfang und fachlichen Profil weiter vorhalten.

Parallel wird angestrebt, den personellen Aufwand für die Administration der Bauprozesse weiter zu reduzieren. Dafür soll die IT-technische Unterstützung für Bauvergabe, Mittelbewirtschaftung und Projektverwaltung weiter ausgebaut und wenn möglich vereinheitlicht werden. Gemeinsam mit dem Finanzministerium soll angestrebt werden, das Berichts- und Vorschriftenwesen weiter zu straffen.

Wegen der von Landesseite für die kommenden Jahre angekündigten erheblichen zusätzlichen Bau- und Planungsaufträge - insbesondere für Maßnahmen im Bereich Forschung und Lehre - wird die von den Organentleihern vorgege-

bene Eigenleistungsquote sowie die geforderte Intensivierung der FBT-Überwachung auch in dem Jahr 2013 nicht erreicht werden können.

Der Bereich **Beschaffung** wird auch in den Jahren 2013 und 2014 weitere Schritte zur Optimierung des Beschaffungsprozesses unternehmen und sich um die Gewinnung weiterer Beschaffungsvolumina in der Sphäre der öffentlichen Verwaltung bemühen, um die auch vor dem Hintergrund der Sparanstrengungen des Landes zu erwartenden stagnierenden bis leicht rückläufigen Volumina zumindest auszugleichen. Darüber hinaus wird der Bereich alle Anstrengungen unternehmen, um den weiteren Ausbau des Systems der Elektronischen Vergabe voranzutreiben. Insbesondere wird sich der Bereich darum bemühen, auch sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung für die Nutzung des erfolgreichen elektronischen Vergabesystems zu gewinnen. Durch die Anbindung weiterer Nutzer an das Vergabesystem werden die anteiligen Beschaffungsprozesskosten des Bereiches gesenkt und auch bei sinkender Beauftragung durch das Land ein Beitrag für die Erreichung eines ausgeglichenen Bereichsergebnisses erzielt.

Der Bereich **Gebäudebewirtschaftung** wird sich auch im Jahr 2013 und im Jahr 2014 weiter mit der Leistungs- und Kostenoptimierung in allen Tätigkeitsfeldern auseinandersetzen. Grundlage hierfür ist der jährlich aktualisierte Bewirtschaftungskatalog, der für eine klare Leistungsabgrenzung und Leistungszuordnung sorgt. Weiterhin ist eine Vielzahl neuer Ausschreibungen zur Anpassung der Verträge an veränderte Bewirtschaftungsanforderungen geplant. Mit den neuen Vereinbarungen werden günstigere Vertragskonditionen angestrebt, um eine Dämpfung der insbesondere vor dem Hintergrund der Energiepreisentwicklung unvermeidbaren Kostensteigerungen zu erreichen und so zu einer haushaltsmäßigen Entlastung der Dienststellen des Landes Schleswig-Holstein beizutragen. Weiterhin wird der Bereich Gebäudebewirtschaftung verstärkt auch die Einhaltung der Qualitätsstandards bei den von Dritten bezogenen Leistungen überwachen.

Im Zuge der Flächenoptimierung wird die GMSH das Land durch die Fortführung des neuen Raumüberprüfungsverfahrens unterstützen.

Für die Jahre 2013 und 2014 werden vor dem Hintergrund der für den weitaus überwiegenden Teil der Geschäftstätigkeit der GMSH bestehenden Aufgabenwahrnehmung in Organleihe und der damit verbundenen Istkosten-Erstattung (Baubereiche und Gebäudebewirtschaftung) sowie entsprechend der nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Tätigkeit der GMSH insgesamt ausgeglichene Ergebnisse erwartet.

V. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 haben sich nicht ergeben.

Kiel, den 17. Mai 2013

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

gez. Hans-Adolf Bilzhaue
Geschäftsführer

Jahresabschluss 2012



Bilanz zum 31.12.2012

Aktiva

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		412.794,00	692.917,00
II. Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		2.322.449,00	2.532.969,60
		<u>2.735.243,00</u>	<u>3.225.886,60</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Unfertige Leistungen		133.482,78	170.358,95
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.442.645,35		1.774.471,82
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>36.720.540,28</u>		<u>36.750.216,41</u>
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr		38.163.185,63	38.524.688,23
T€ 35.120,4 (VJ: T€ 30.426,5)			
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten		<u>68.348.487,86</u>	<u>62.377.569,90</u>
		106.645.156,27	101.072.617,08
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		<u>553.146,88</u>	<u>615.817,14</u>
Summe der Aktiva		<u>109.933.546,15</u>	<u>104.914.320,82</u>

Bilanz zum 31.12.2012
Passiva

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		8.000.000,00	8.000.000,00
II. Gewinnrücklagen			
1. Satzungsmäßige Rücklagen	1.920.000,00		1.920.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>4.240.325,57</u>		<u>4.240.325,57</u>
		6.160.325,57	6.160.325,57
III. Bilanzgewinn		<u>389.848,96</u>	<u>343.450,08</u>
		14.550.174,53	14.503.775,65
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	64.488.540,99		61.238.371,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>17.186.475,00</u>		<u>17.524.987,00</u>
		81.675.015,99	78.763.358,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		20.861,09
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.812.891,45		1.652.305,99
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>11.895.464,18</u>		<u>9.974.020,09</u>
davon aus Steuern EUR 456.662,52 (VJ: EUR 409.310,32)		13.708.355,63	11.647.187,17
Summe der Passiva		<u>109.933.546,15</u>	<u>104.914.320,82</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		31.648.853,57	68.971.789,50
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		-36.876,17	-40.450.278,86
3. Sonstige betriebliche Erträge		71.324.751,76	77.405.737,30
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Waren	25.606.454,95		22.725.935,21
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>3.115.550,02</u>		<u>3.289.686,71</u>
		28.722.004,97	26.015.621,92
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	47.031.416,81		46.413.839,20
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>13.340.351,06</u>		<u>20.417.583,99</u>
davon für Altersversorgung		60.371.767,87	66.831.423,19
EUR 4.465.753,95 (VJ: EUR 12.029.715,24)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.356.899,26	1.426.090,13
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		10.132.857,36	10.321.553,51
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		781.111,75	1.100.301,45
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>2.657.063,07</u>	<u>2.143.566,29</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		477.248,38	289.294,35
11. Außerordentliche Aufwendungen		<u>495.994,00</u>	<u>495.994,00</u>
12. Außerordentliches Ergebnis		-495.994,00	-495.994,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-87.684,05	-0,89
14. Sonstige Steuern		<u>22.539,55</u>	<u>26.005,04</u>
15. Jahresfehlbetrag / -überschuss		46.398,88	-232.703,80
16. Gewinnvortrag		<u>343.450,08</u>	<u>576.153,88</u>
17. Bilanzgewinn		<u><u>389.848,96</u></u>	<u><u>343.450,08</u></u>

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Alleinigere Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein.

Für die Verbindlichkeiten der GMSH haftet, soweit nicht die Befriedigung aus dem Vermögen der GMSH möglich ist, das Land Schleswig-Holstein. Die staatliche Aufsicht über die GMSH führt das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein und, sofern die GMSH Aufgaben des Bundes wahrnimmt, der Bund.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die GMSH stellt gemäß § 14 Abs. 2 der Satzung i.V.m. § 65 Abs. 1 LHO den Jahresabschluss und den Lagebericht nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften auf. Erstmals werden die Umsatzerlöse und der Materialaufwand nicht mehr freiwillig nach § 1 der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen aufgliedert, da die Bewirtschaftungs- und Serviceleistungen für das Land Schleswig-Holstein seit dem 01.01.2011 in Organleihe im fremden Namen für fremde Rechnung ausgeführt werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Zu deren Ermittlung werden die steuerlichen Abschreibungstabellen herangezogen, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der Bandbreite handelsrechtlich zulässiger Nutzungsdauern liegen. Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis € 150 werden sofort aufwandswirksam gebucht.

Die Vorräte sind zu Herstellungskosten bewertet. In den Herstellungskosten sind Material- und Fertigungseinzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, verrechnet. Angemessene Teile der Kosten der allgemeinen Verwaltung sind eingerechnet. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit den Nennbeträgen bewertet.

Die Rückstellungen tragen den ungewissen Verbindlichkeiten und den sonstigen ermittelten Risiken mit dem Erfüllungsbetrag Rechnung. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben

Geschäftsjahre abgezinst. Für die Ermittlung der Erfüllungsbeträge der Verpflichtungen aus Pensions-, Altersteilzeit-, Jubiläums- und Beihilfeansprüchen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sowie dem Erstattungsanspruch wird von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichten maßgeblichen Rechnungszins anzuwenden (5,04 % zum 31.12.2012, 5,14 % zum 31.12.2011), der einer Restlaufzeit von 15 Jahren entspricht.

Die Pensionsrückstellungen für Beamte werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method) berechnet und mit dem Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsansparungen bewertet. Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a. zugrunde gelegt. Der GMSH steht gegenüber dem Land Schleswig-Holstein als abgebender Dienstherr bei jedem nach Übergang auf die GMSH eintretenden Versorgungsfall ein Anspruch auf die Versorgungsteile zu, die aus beim Land Schleswig-Holstein abgeleiteten ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten resultieren. Als Erstattungsanspruch wird der Wert aktiviert, der sich als Differenz zwischen dem Erfüllungsbetrag der zu leistenden vollen Versorgungsbezüge und dem Erfüllungsbetrag des von der GMSH übernommenen Anteils, bezogen auf den Beginn des Dienstverhältnisses bei der GMSH, ergibt.

Die Berechnung des Erstattungsanspruches erfolgte zum 31.12.2011 erstmals für alle zu diesem Zeitpunkt noch aktiven Beamten nach dem neu in Kraft getretenen Versorgungslastenteilungsgesetz. Das am 23.01.2013 beschlossene Haushaltsbegleitgesetz 2013 sieht jedoch mit Wirkung vom 31.12.2012 für alle bis zum 31.12.2010 vom Land in den Dienst der GMSH übernommenen Beamte eine Rückkehr zur Anwendung des § 107b Beamtenversorgungsgesetzes in der bis zum 31.12.2010 geltenden Fassung vor. Alle vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2012 vorgenommenen Versorgungslastenteilungen nach dem Versorgungslastenteilungsgesetz sowie alle zukünftigen Dienstherrnwechsel bleiben hiervon unberührt. Das Versorgungslastenteilungsgesetz findet ebenfalls auf alle bis zum 31.12.2010 von anderen Dienstherrn als dem Land Schleswig-Holstein übernommenen Beamten und für abgehende Beamte Anwendung.

Die Bewertung des Erstattungsanspruches erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method).

Der für die Versorgungsverpflichtungen nach den Vorschriften des BilMoG zum Stichtag 01.01.2010 zu ermittelnde Unterschiedsbetrag betrug unter Anwendung des hierfür maßgeblichen Zinssatzes in Höhe von 5,25 % T€ 20.722. Der auf die Erstattungsansprüche der GMSH an das Land Schleswig-Holstein entfallene Unterschiedsbetrag belief sich auf T€ 13.282. Die GMSH macht von dem Wahlrecht Gebrauch, den Unterschiedsbetrag bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln. Zum 31.12.2012 ergibt sich ein noch nicht in der Bilanz ausgewiesener Rückstellungsbetrag in Höhe von T€ 16.577. Der entsprechende nicht ausgewiesene Erstattungsanspruch an das Land beträgt T€ 10.625.

Den Angestellten und Arbeitern der GMSH wird eine Zusatzversorgung nach den Regeln im öffentlichen Dienst gewährt, die über die Zusatzversorgungskasse des Bundes und der Länder (VBL) abgewickelt wird. Die Zusatzversorgung umfasst eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente sowie ein Altersruhegeld und Hinterbliebenenversorgung, für die eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllt sein muss. Die von der VBL erhobene Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Die der Bemessung zugrunde liegende Gehalts- und Lohnsumme betrug in 2012 T€ 41.728. Die Umlage ist für 2012 mit 7,86 % festgesetzt worden, von denen 1,41 Prozentpunkte vom Arbeitnehmer zu tragen sind. Zusätzlich wird ein Sanierungszuschlag erhoben, der für 2012 vorläufig auf 0,81 % festgesetzt wurde. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis sind die aus dieser Zusatzversorgung resultierenden Verpflichtungen der GMSH nicht passiviert.

Für die bestehenden Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen mit Angestellten und Beamten wurden Rückstellungen ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 % zugrunde gelegt. Anspruchsgrundlage für Angestellte, die unter den BAT fielen, war der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit vom 22.05.1998 in der Fassung des Änderungsstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000. Seit dem 01.01.2010 ist eine Inanspruchnahme von Altersteilzeit für Angestellte nicht mehr möglich. Beamte konnten gem. § 88a Abs. 3 Landesbeamtengesetz bis zum 31.12.2009 eine Teilzeitbeschäftigung von 50 % eingehen, danach gilt § 63 Landesbeamtengesetz mit einer Altersteilzeitbeschäftigung von 60 %.

Die Berechnung der Jubiläumsverpflichtungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method). Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 % zugrunde gelegt. Aus der Umstellung aufgrund der geänderten Bewertung durch das BilMoG resultierte zum 01.01.2010 eine Überdeckung. Insofern wurde von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Rückstellung beibehalten. Der Betrag der Überdeckung beläuft sich zum 31.12.2012 auf € 12.

Die Berechnung der Beihilfeverpflichtungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung der Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005. Die Höhe der Verpflichtungen wird aus den Erfüllungsbeträgen der Pensionsverpflichtungen abgeleitet.

Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

C. Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Entwicklung des Anlagevermögens

Alle Angaben in T€	Anschaffungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kumuliert	Buchwert zum 31.12.2012	Abschreibungen lfd. Jahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.758,2	182,8	288,5	0,0	3.239,7	412,8	462,9
II. Sachanlagen							
Möbel und Büroausstattung	1.871,2	34,4	14,9	6,5	1.151,7	745,5	117,1
Büromaschinen	122,6	0,0	4,3	1,3	90,9	28,7	8,0
sonst. Kommunikation	234,3	1,5	3,9	0,4	226,6	5,7	2,9
Meß- und andere technische Geräte	704,1	17,5	9,2	0,9	543,9	169,4	57,8
Werkstattbedarf/ Werkzeuge	157,5	8,1	0,6	0,1	138,5	26,6	4,7
Wertaufbewahrungseinrichtungen	19,8	0,0	0,0	0,2	13,0	7,0	1,1
Bewirtschaftungsgeräte	944,1	58,7	3,7	0,0	649,8	349,3	72,9
Kraftfahrzeuge	903,3	142,0	61,5	-129,0	513,7	341,1	84,1
Kurierfahrzeuge	0,0	178,1	0,0	129,0	152,8	154,3	47,0
sonstiger Fuhrpark	363,9	56,5	2,8	0,0	317,0	100,6	33,0
DV-Hardware	5.009,2	190,8	637,1	10,5	4.179,1	394,3	462,2
geringwertige Wirtschaftsgüter DV	10,5	0,0	0,0	-10,5	0,0	0,0	1,9
andere geringwertige Wirtschaftsgüter	49,5	0,0	6,3	-9,4	33,8	0,0	1,3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.390,0	687,6	744,3	0,0	8.010,8	2.322,5	894,0
	14.148,2	870,4	1.032,8	0,0	11.250,5	2.735,3	1.356,9

2. Eigenkapital

Alle Angaben in T€	Eigenkapital 1.1.2012	Ausschüttungen	Zuführungen/ Entnahmen	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	Eigenkapital 31.12.2012
I. Gezeichnetes Kapital	8.000,0	0,0	0,0	0,0	8.000,0
II. Gewinnrücklagen					
1. Satzungsmäßige Rücklage	1.920,0	0,0	0,0	0,0	1.920,0
2. Andere Gewinnrücklagen	4.240,3	0,0	0,0	0,0	4.240,3
III. Bilanzgewinn	343,5	0,0	0,0	46,4	389,9
	14.503,8	0,0	0,0	46,4	14.550,2

3. Rückstellungen

Alle Angaben in T€	Stand 1.1.2012	Unterschied BilMoG	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Zinsen	Stand 31.12.2012
1. Pensionsrückstellungen	61.238,4	1.381,4	2.140,9	0,0	0,0	4.009,6	64.488,5
2. Sonstige Rückstellungen							
Altersteilzeit	6.487,1	0,0	1.716,9	0,0	605,2	312,9	5.688,3
Urlaub-, Zeitguthaben und Jubiläumsverpflichtungen	2.529,0	0,0	20,2	25,0	177,0	0,0	2.660,8
Beihilfeverpflichtungen	7.942,9	0,0	298,7	0,0	349,8	400,6	8.394,6
Andere Rückstellungen	566,0	0,0	201,6	18,1	93,6	2,9	442,8
	78.763,4	1.381,4	4.378,3	43,1	1.225,6	4.726,0	81.675,0

4. Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

Alle Angaben in T€	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,0	0,0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.812,9	1.812,9
3. Sonstige Verbindlichkeiten	11.895,5	11.895,5
	13.708,4	13.708,4

5. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

5.1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen mit T€ 30.811,7 im Wesentlichen die Beschaffung von Bedarfsmaterial und die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Dienststellen des Landes und sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung.

Die Umsatzerlöse wurden sämtlich im Inland erzielt.

5.2. Sonstige betriebliche Erträge:

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden Kostenerstattungen in Höhe von insgesamt T€ 63.766,3 für die Wahrnehmung von Organleiheaufgaben im Namen und für Rechnung des Bundes, des Landes und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf ausgewiesen. Hierunter fallen neben den Bauaufgaben auch die für das Land Schleswig-Holstein durchgeführten Bewirtschaftungsaufgaben.

5.3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen:

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von T€ 2.657,1 betreffen nahezu ausschließlich den Saldo aus der Aufzinsung von Rückstellungen (T€ 4.726,1) und des dagegenstehenden Erstattungsanspruches für Pensionsverpflichtungen (T€ 2.070,7).

5.5. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis von T€ 496,0 betrifft den Saldo aus der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 1.381,5 und der Erhöhung des Erstattungsanspruches von T€ 885,5 aufgrund des zum 01.01.2010 gebildeten Unterschiedsbetrages gem. BilMoG. Ertragssteuerbelastungen ergeben sich daraus nicht.

6. Treuhandkonten außerhalb der Bilanz

Die GMSH führt treuhänderische Bankkonten zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen im fremden Namen für fremde Rechnung. Die im Rahmen der Betreuung von Baumaßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland geführten Treuhandkonten weisen per 31.12.2012 ein Guthaben in Höhe von T€ 0,7 aus. Für das Land Schleswig-Holstein wird ein Treuhandkonto zur Abwicklung von An- und Vermietverträgen geführt. Ein weiteres Treuhandkonto wird seit dem 01.01.2011 für die Durchführung von Bewirtschaftungsaufgaben in Organleihe geführt. Die Guthaben des Landes betragen per 31.12.2012 insgesamt T€ 6.219,8.

D. Sonstige Angaben

1. Anzahl der Beschäftigten

Im Geschäftsjahr 2012 waren im Durchschnitt 1.242 (Vorjahr: 1.255) Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 43,02 % (Vorjahr: 42,95 %).

2. Organe der GMSH

Verwaltungsrat:

Dr. Olaf Bastian (bis 26.06.2012)

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Thomas Losse-Müller (ab 27.06.2012)

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Volker Dornquast (bis 26.06.2012)

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Bernd Küpperbusch (ab 27.06.2012)

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Dr. Cordelia Andreßen (bis 26.06.2012)

Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein

Karl-Rudolf Fischer (ab 27.06.2012)

Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft
des Landes Schleswig-Holstein

Michael Dölp (bis 26.06.2012)

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration
des Landes Schleswig-Holstein

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer (ab 27.06.2012)

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
des Landes Schleswig-Holstein

Dagmar Streich

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Beratende Teilnehmer ohne Stimmrecht gem. § 10 Abs. 2 GMSHG:

Peter Zeineke

Vorsitzender des Personalrates der GMSH AöR

Monika Hansen

Gleichstellungsbeauftragte der GMSH AöR

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten keine Bezüge oder Sitzungsgelder.

Geschäftsführung

Hans-Adolf Bilzhause

Henrik Harms (bis 30.06.2012)

3. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt T€ 29,5 und entfällt ausschließlich auf Jahresabschlussprüfungsleistungen.

4. Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Bilanzgewinn per 31.12.2012 in Höhe von € 389.848,96 auf das folgende Geschäftsjahr vorzutragen. Im Bilanzgewinn ist ein Gewinnvortrag von € 343.450,08 enthalten.

Kiel, 17. Mai 2013

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Hans-Adolf Bilzhause
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den landesrechtlichen Bestimmungen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den landesrechtlichen Bestimmungen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 24. Mai 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dirk Burschel
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Ludwig Fink
Wirtschaftsprüfer

Gewinnverwendungsbeschluss

Auszug aus dem Protokoll der Verwaltungratssitzung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein am 18. Juni 2013 zu Punkt 2.b) der Tagesordnung

Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Verwaltungsrat fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bilanzgewinn per 31. Dezember 2012 in Höhe von 389.848,96 Euro wird auf das folgende Geschäftsjahr vorgetragen.

gez. Thomas Losse-Müller

Vorsitzender des Verwaltungsrates

Abkürzungsverzeichnis

AfB	——	Amt für Bundesbau
AGF	——	Allgemeines Grundvermögen der Finanzen
AGEK	——	Arbeitsgruppe Energie- und Klimaschutz in Landesliegenschaften
AKMÜ	——	Arbeitskreis Marktüberwachung
BAT	——	Bundes-Angestellentarifvertrag
BilMoG	——	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BImA	——	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BMVBS	——	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVg	——	Bundesministerium der Verteidigung
BOS	——	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
CAFM	——	Computer Aided Facility Management
CAU	——	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
CBBM	——	Interdisziplinäres Zentrum für Gehirn, Hormone und Verhalten (Center of Brain, Behavior and Metabolism)
C ³	——	Coastal Competence Centre
EGHGB	——	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
e-Vergabe	—	elektronische Vergabe
FbT	——	Freiberuflich Tätige
GBB	——	Geschäftsbereich Bundesbau
GBF	——	Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung
GMSH	——	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
GMSHG	——	Gesetz zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
GVV-SH	——	Grundvermögensverzeichnis Schleswig-Holstein
HGB	——	Handelsgesetzbuch
HGrG	——	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HTC	——	Hydrogen Technology Centre
IDW	——	Institut der Wirtschaftsprüfer
JVA	——	Justizvollzugsanstalt
LBV	——	Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein
LHO	——	Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein
LISA	——	Liegenschaftsinformationssystem Außenanlagen
LKA	——	Landeskriminalamt
LKN	——	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein
LVSH	——	Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
MBW	——	Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein
OFD	——	Oberfinanzdirektion
ÖPP	——	Öffentlich-private Partnerschaft
PROFI	——	Programm für vorsorgende Finanzpolitik
PTC	——	Polymer Technology Centre
RÜV	——	Richtlinie für die Überwachung der Verkehrssicherheit von baulichen Anlagen des Bundes
SPF	——	Specific Pathogen Free (spezifiziert pathogen freie Tierhaltung)
T	——	Tausend
THW	——	Technisches Hilfswerk
UFIS	——	Unterbringungs-Fachinformationssystem
UKSH	——	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
VBL	——	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VJ	——	Vorjahr
VK	——	Vollkräfte
VOB	——	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	——	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	——	Verdingungsordnung für Leistungen
WSA	——	Wasser- und Schifffahrtsamt
WSV	——	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
ZGB	——	Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung
ZMB	——	Zentrum für Molekulare Biowissenschaften

Anschrift

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Gartenstraße 6, 24103 Kiel

Postfach 1269, 24011 Kiel

Telefon 0431/599-0

Telefax 0431/599-1188

mail@gmsh.de, www.gmsh.de

Impressum

Herausgeber/Redaktion:

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Gartenstraße 6, 24103 Kiel

Telefon 0431/599-0

Telefax 0431/599-1188

mail@gmsh.de, www.gmsh.de

Bildnachweis Seite 3, Thomas Losse-Müller: Olaf Bathke
alle anderen Bilder: photocompany gmbh / GMSH

Gestaltung Stefanie Bäuchler

Auflage 250

Druck L&S Digital GmbH & Co. KG, Kiel

Gedruckt auf dem FSC®-zertifizierten Recyclingpapier der Sorte Envirotop
(ausgezeichnet mit dem „Blauen Engel“).



Zertifizierte Standorte:
Kiel
Lübeck
Flensburg
Itzehoe
Büdelndorf

Juni 2013



Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Gartenstraße 6, 24103 Kiel
Telefon 0431/599-0, Telefax 0431/599-1188
mail@gmsh.de, www.gmsh.de

